

20.7.1973

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-II

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395 E

2

Frankfurt, Februar 1973

Einzelpreis 1,75 DM

XIII. Jahrgang

Die Auseinandersetzung um die Mitbestimmung spitzt sich zu. Nachdem die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft insgesamt entscheidend dazu beigetragen haben, daß Strauß und Barzel abgeschlagen wurden und Brandt und Scheel in der Regierungsverantwortung bleiben, hatten sich die Erwartungen, der Kanzler werde nun endlich sein als Parteivorsitzender und Wahlkämpfer gegebenes Wort in der Mitbestimmungsfrage einlösen, bedeutend verstärkt. Mit der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 wurden die Hoffnungen abermals enttäuscht. Mit dem von Brandt betonten „Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeitnehmern und Anteilseignern“ – einem vieldeutigen, unverbindlichen Spruch – nimmt die von den Gewerkschaften seit über 20 Jahren geforderte paritätische Mitbestimmung noch lange nicht gesetzgeberische Gestalt an. Zudem kann man des Kanzlers Definition von der „Mitbestimmung als Ordnungselement im Arbeitsleben“, als Mittel kapitalistischer Systemstabilisierung also, nicht teilen.

Prompt fühlte sich der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister und FDP-Landesvorsitzende Riemer durch die Ausflüchte Brandts ermutigt, den Gewerkschaften die „Harke“ seiner Mitbestimmungsfeindlichkeit deutlicher noch als je zu zeigen: In den letzten Januartagen lehnte er nicht nur erneut die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen ab, er forderte sogar die Abschaffung der Mitbestimmung in der Montanindustrie. Zwar bestimmt nicht Riemer, was wird, aber seine forschten Sprüche zeigen, wie sehr der Mitbestimmungs-Eiertanz der SPD-Politiker verschiedene Leute ermuntert, nun ihrerseits die Abschaffung bereits vorhandener Ansätze von Mitbestimmung zu verlangen. In dieses reaktionäre Bestreben sind auch die verschiedenen Diskussionen einzuordnen, die den Gewerkschaften das „dritte Element im Mitbestimmungsmodell“, die leitenden Angestellten – und damit den Verzicht auf Parität –, schmackhaft machen sollen.

Der DGB hat am 29. Januar mit einer Erklärung gekontert: Riemer müsse daran erinnert werden, daß die Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr „schon einmal auf eine ähnliche Abqualifizierung der Montanmitbestimmung scharf reagiert“ habe. Gemeint ist der erfolgreiche Generalstreik der Stahl- und Bergarbeiter im Jahre 1955 gegen die Pläne der CDU/CSU, die Mitbestimmung in der Montanindustrie wieder zu liquidieren. DGB-Vorsitzender Vetter hatte kürzlich schon gedroht, die „organisierte Arbeitnehmerschaft“ würde notfalls „Fraktur sprechen“, um ihre Mitbestimmungsforderung durchzusetzen.

Lange kann das so wirklich nicht mehr weitergehen. Die Frage der Mitbestimmung ist reif zur Entscheidung, und es erweist sich mit jedem Monat, der ins Land geht, mehr, daß niemand – auch nicht die SPD – bereit ist, den abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften die Mitbestimmung in den Schoß zu legen. Vielmehr nimmt die Gefahr der Verwässerung dieser „Forderung Nummer eins“ ständig zu. Mitbestimmung wird es nur soviel geben, wie die Gewerkschaften in Wahrung ihrer Unabhängigkeit zu erstreiten bereit sind.

Aus dem Inhalt:

Koalition enttäuscht ihre Wähler und läßt weiter rüsten	2
Helsinki – Wien	3
Metall-Lohnrunde beendet: Harte Kritik am IGM-Vorstand	4
Ablehnung der Stahltarife als Ergebnis falscher Lohnpolitik	5
Lehren für aktive Tarifpolitik: Starke Gewerkschaften im Betrieb	6
Im öffentlichen Dienst: Löhne büßen für Rüstungslast	7
Chemische Industrie: Gute Lage für Erhöhung der Löhne	8
Beschäftigte der Druckindustrie fordern 15 Prozent mehr	8
Diesmal kräftige Lohnerhöhungen im Bergbau notwendig	9
Der Angriff auf den Geldbeutel der Arbeitenden geht weiter	10
Zur wirtschaftlichen Lage am Jahresbeginn 1973	11
Brandts Regierungserklärung an den „Prüfsteinen“ des DGB geprüft...	13
Kuschen, weil Unternehmer verrückt spielen könnten?	14
Jugendvertreter in den Betrieben werden drangsaliert	15
Jugend und Angestellte der GHK bereiten Kongreß vor	16
Vertrauensleute sind die Gewerkschaft im Betrieb	17
dju-Journalisten verteidigen die Einheitsgewerkschaft	18
Soziale Forderungen in der Regierungserklärung umgangen	20
Die Situation in den Hauptländern des Kapitalismus	21
In den VEB's klingelt es jetzt in der Prämienkasse	22
Wer haut sich schon mit Absicht auf den Daumen?	24

Koalition enttäuscht ihre Wähler und läßt weiterrüsten

Während die Regierungserklärung Willy Brandts 1969 durch große Worte Hoffnungen erweckte, die in den drei Jahren der ersten Regierung Brandt/Scheel nicht erfüllt wurden, hinterließ die Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 nur Enttäuschung und Zweifel — besonders bei denen, die sich im Wahlkampf mit größter politischer Anteilnahme für Brandt und die sozialliberale Koalition ins Zeug gelegt hatten.

Diese Enttäuschung ist um so herber, als der Wahlerfolg Brandts so eindeutig ausfiel und damit der zweiten Regierung Brandt für eine Politik demokratischen und sozialen Fortschritts, falls sie diese wirklich will, eine ausreichende Basis gegeben ist. Für eine solche Politik gibt es jedoch in der Regierungserklärung kaum konkrete Anhaltspunkte.

Da ist zum Beispiel die Bemerkung von dem „Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen“. Oder: niemand könne „mit selbstverständlicher Automatik mehr verdienen“, wenn weniger geleistet würde. Es kann wohl kein Zweifel bestehen, daß diese perfiden Vorwürfe eines sozialdemokratischen Kanzlers an die Adresse der Lohn- und Gehaltsempfänger und ihre Gewerkschaften gerichtet sind, denen Willy Brandt seinen Wahlerfolg zu verdanken hat.

Zwar ist der DGB-Bundesvorstand in seiner Stellungnahme zur Regierungserklärung Willy Brandts mit keinem Wort auf diese Bemerkung Brandts eingegangen; aber sie hat doch in den Gewerkschaften Unmut ausgelöst. Die „Welt der Arbeit“ fragte am 26. Januar erstaunt in ihrer Schlagzeile: „An wen hat der Kanzler bloß gedacht?“ Sanfte Kritik äußerten auch Eugen Loderer und der Beirat der IG Metall.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat dagegen Willy Brandt gleich verstanden: In ihrem Pressedienst hat sie den Appell des Bundeskanzlers an das „Leistungsprinzip“ besonders gewürdigt, wie übrigens auch die Börse mit einer „Brandt-Hausse“ auf die Regierungserklärung reagierte. Und Franz Josef Strauß bemerkte zufrieden: „Der Bundeskanzler kann unserer Zustimmung gewiß sein, wenn er Sätze wie diese formuliert: „Wer nur Forderungen stellt, ohne zu neuen Leistungen bereit zu sein...“ oder: „wer den soliden Fortschritt will, der muß im Zuwachs des persönlichen Verbrauchs auch einmal langsamer treten...““

Geht man von der Tatsache aus, daß die Gewerkschaften die Bildung der zweiten Brandt/Scheel-Regierung durch

ihren Einsatz im Wahlkampf ermöglichten, sind die Bemerkungen des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung zur Mitbestimmung als die zentrale Forderung der Gewerkschaften dürftig.

GLOSSE

Rüstungs-Nobelpreis?

Einen Rüstungs-Nobelpreis gibt es noch nicht, obgleich das durchaus logisch gewesen wäre; kommen doch die Preise aus den Zinsen der Hinterlassenschaft des Dynamit-Erfinders Alfred Nobel. Den Friedens-Nobelpreis 1972 hat sich Bundeskanzler Willy Brandt mit dem realistischen Teil seiner Außenpolitik redlich verdient. Nunmehr scheint er bemüht, sich auch noch den Rüstungs-Nobelpreis zu holen — sollte es ihn einmal geben.

„Wehrpflicht, Verteidigungshaushalt und Zivilverteidigung betrachten wir nicht nur als Notwendigkeiten, sondern als sinnvollen Dienst für die freie Gemeinschaft unserer Bürger; er hilft unserer Friedensarbeit. Präsenz und Kampfkraft der Bundeswehr müssen erhalten bleiben.“ Das sagte der Kanzler in seiner Regierungserklärung. Und als wär's das Selbstverständliche von der Welt (nicht der Springer'schen, sondern der wirklichen) erläutert die „Einheit“, das Organ des Hauptvorstandes der IG Bergbau und Energie, am 1. Februar ihren Lesern: „Entspannung bedeutet also nicht zwangsläufig auch Abrüstung. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.“

Und warum wohl? Siehe Kanzler-Zitat! Man muß für den Kanzler andererseits auch Verständnis haben, denn nachdem ein Richard Nixon für den Friedens-Nobelpreis 1973 ernsthaft im Gespräch ist, muß ein echter Friedenspolitiker anständig mit den Waffen klirren. Wegen der Dynamit-Industrie zum Beispiel — auch wenn's nicht nobel ist.

okolus

Hier sollte der DGB den Kanzler fragen, warum er nur vom „Ausbau“ der Mitbestimmung spricht und nicht von der Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung, wie sie auch in den „Prüfsteinen“ des DGB vor der Wahl gefordert wurde.

Die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften haben immer die Friedens- und Entspannungspolitik des Bundeskanzlers vorbehaltlos unterstützt. Das geschah nicht zuletzt auch in der Erwartung, daß diese Politik zum Abbau der riesigen Rüstungslasten führen werde. Leider geht aus der Regierungserklärung hervor, daß der Bundeskanzler die Konsequenzen dieser Politik nicht ziehen will. Keine Veränderung der Rüstungskosten, sondern Verstärkung wird angekündigt.

Die Ankündigung neuer Rüstungslasten macht aber auch die Absichtserklärungen Brandts bezüglich sozialer Reformen und der Reform der Bildungspolitik fragwürdig. Was die Reformen angeht, beugt Willy Brandt selbst vor mit dem Satz: „Reformen in den Dimensionen, die wir für die Entwicklung in unserem Lande geöffnet haben, brauchen einen langen Atem...“

Faßt man den Inhalt der Regierungserklärung zusammen, bleibt festzustellen, daß sie hinter den Möglichkeiten und Notwendigkeiten unserer Zeit weit zurückbleibt. Die finanziellen Belastungen der angekündigten Regierungspolitik sollen, wie bisher, der breiten Masse der Bevölkerung aufgebürdet werden. Von den Arbeitern und Angestellten verlangt der Bundeskanzler harte Arbeit, mehr Leistung und Einschränkung des privaten Verbrauchs.

Nur unverbindliche Worte fand der Bundeskanzler zu dem Problem Bodenspekulation und zur Wirtschaftskriminalität. Und seine moralisierenden Feststellungen, daß sich die Kraft eines Volkes in der „Toleranz gegenüber den anderen beweist“, steht in einem krassem Widerspruch zum Berufsverbot im öffentlichen Dienst.

Die Regierungserklärung hat erneut deutlich gemacht, daß nur soviel demokratischer und sozialer Fortschritt verwirklicht werden kann, wie die Arbeiter und Angestellten mit der Kraft ihrer Gewerkschaften durchzusetzen vermögen. Eine Veröffentlichung der IG Metall zur Regierungserklärung ist mit den Worten überschrieben: „Taten müssen folgen!“ Dieser Aufruf ist die richtige Antwort auf die Erklärung der Bundesregierung. Aber die Gewerkschaften werden sie zu diesen Taten zwingen müssen, wenn die ihre Forderungen verwirklicht sehen wollen, nämlich Demokratisierung der Wirtschaft, Preisstabilität durch Preiskontrolle der Großindustrie, soziale Steuerreform zu Lasten der Monopole und Konzerne und Senkung der Rüstungskosten.

Vietnam: Jetzt Frieden sichern

Mit der Unterzeichnung des „Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“ hat der Krieg des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk ein vorläufiges Ende gefunden. Der unvergleichliche Mut und die zähe Widerstandskraft des vietnamesischen Volkes haben damit einen großen Sieg errungen. Die Niederlage der USA in Vietnam ist aber gleichzeitig der Erfolg einer internationalen Solidarität der friedliebenden Menschen in der ganzen Welt in einer in der Geschichte der Menschheit einmaligen Größe.

Mit dem Rückzug der amerikanischen Interventionsarmee aus Vietnam ist der barbarische Krieg zwar beendet, aber

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

der Friede setzt die Wiederherstellung des uneingeschränkten Rechtes des vietnamesischen Volkes, selbst über seine politische Zukunft zu bestimmen, voraus. Der Friede in Vietnam ist erst endgültig und dauerhaft, wenn die US-Regierung und ihre Satelliten die Durchführung des Abkommens gewährleisten.

Die USA lassen in den Händen ihres Stathalters Thieu eine bis an die Zähne bewaffnete Armee zurück und geben damit dem Diktator in Saigon alle Möglichkeiten, eine demokratische Entwicklung zu verhindern. Gleichzeitig hat sich die amerikanische Regierung das Recht vorbehalten, abermals mit Bombenflugzeugen in Vietnam militärisch einzugreifen.

Das vietnamesische Volk braucht daher weiterhin die Unterstützung durch die internationale Solidarität, um das Land politisch und materiell in Unabhängigkeit aufzubauen. Die Gewerkschafter aller Länder sind aufgerufen, die demokratischen Kräften in Vietnam ihrer vollen politischen, materiellen und moralischen Unterstützung, wie bisher, zu versichern. Es ist beschämend, daß sich in der Bundesrepublik bisher keine Regierung, und nicht einmal der Bundeskanzler als Träger des Friedensnobelpreises, für die gerechte Sache des

vietnamesischen Volkes öffentlich ausgesprochen hat.

Im Gegenteil, über die Stützungsaktionen für den amerikanischen Dollar hat sie die US-Aggression noch unterstützt. Das entsprach keineswegs dem Willen der breiten Volksmassen, die noch in den letzten Tagen in großartigen Demonstrationen gegen den US-Krieg auf die Straße gingen. Ihre Forderung, daß die Bundesregierung jetzt ohne politische Einmischung und Vorbereitung dem vietnamesischen Volk Hilfe leistet beim Aufbau zerstörter Städte und Dörfer, muß die Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen finden. sr

Faschismus – Werk des Kapitals

Am 30. Januar 1973 waren es 40 Jahre her, daß mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den ehemaligen kaiserlichen General und Monarchisten Hindenburg der Nationalsozialismus in Deutschland an die Macht gebracht wurde. Diese sogenannte Machtergreifung war der Beginn eines faschistischen Mordregimes, dem während seiner zwölfjährigen Herrschaft Millionen Menschen zum Opfer fielen und an deren Ende Deutschland und große Teile Europas in Schutt und Trümmer lagen.

Es hat in der Vergangenheit nicht an Versuchen gefehlt, das Naziregime in Deutschland mit all seinen furchtbaren, verheerenden Folgen als einen unabwendbaren Schicksalsschlag hinzustellen. Die Auslieferung der politischen Macht an die Nazis war jedoch von den reaktionären und imperialistischen Kräften des deutschen Finanzkapitals von langer Hand vorbereitet – und hier sind die Schuldigen zu finden. Schon im Oktober 1931 hatten sie sich in der Harzburger Front mit Hitler zusammengeschlossen und auf ein Programm geeinigt, das die Zerschlagung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung sowie die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges vorsah.

Weil sich die Arbeiterklasse nicht zur entschlossenen gemeinsamen Aktion zusammenfand, war es möglich, den Faschismus an die Macht zu bringen. Es hat nicht an Versuchen kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter und Gewerkschafter gefehlt, trotz ideologischer und politischer Differenzen die Arbeiterklasse gegen den gemeinsamen Feind zu mobilisieren. Daß dies scheiterte, ist nicht zuletzt der damaligen sozialdemokratischen Parteiführung an-

zulasten, die sich nicht überwinden konnte, mit den Kommunisten zusammen den Kampf gegen den Hitlerfaschismus aufzunehmen. Die Demokratie wurde 1933 von den Rechten zerstört – die geschlossene Linke hätte sie retten können. H.S.

Helsinki - Wien

Mit dem Treffen von 32 europäischen Staaten sowie den USA und Kanada wurden 1972 in Helsinki die Vorbereitungen der gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit eingeleitet. Es sind wesentliche Voraussetzungen geschaffen, daß im Jahr 1973 diese bedeutende Konferenz Wirklichkeit wird. Ohne die Hindernisse zu übersehen, die noch überwunden werden müssen, berechtigt die Bilanz der bisher geleisteten Arbeit in Helsinki zu der Hoffnung, daß die Vorbereitungsarbeiten in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden können. Jedenfalls haben sich alle in Helsinki vertretenen Staaten für die Durchführung der europäischen Sicherheitskonferenz ausgesprochen.

Die jetzt in Helsinki begonnene Gesprächsphase kann aufbauen auf Fakten, über die Klarheit besteht, so z. B. über die Arbeitsweise der Konferenz, die Tagesordnung, den Teilnehmerkreis und darüber, Empfehlungen an die Regierungen auszuarbeiten. In bezug auf die Arbeitsweise und Struktur der Sicherheitskonferenz zeichnet sich bereits eine weitgehende Übereinstimmung ab. Selbstverständlich erfordert die weitere Vorbereitungsarbeit ein hohes Maß von Verständigungsbereitschaft, um das Ziel der europäischen Sicherheitskonferenz zu erreichen.

Die europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit soll sich möglichst nicht mit dem Problem der Abrüstung beschäftigen. Dafür begann in diesen Tagen eine Parallelkonferenz, die sich mit der Vorbereitung einer Konferenz über einen Truppenabbau in Europa beschäftigen soll. Beide Konferenzen machen deutlich, daß sich als Ergebnis der veränderten Kräfteverhältnisse zugunsten des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts reale Möglichkeiten ergeben, den Frieden zu sichern und die Zusammenarbeit der Völker in Europa zu fördern.

Welche Schwierigkeiten einer Verständigung jedoch entgegenstehen, geht u. a. aus dem Streit um den Begriff „ausgewogene“ Truppenreduzierung hervor. So sind die USA der Auffassung, daß „Ausgewogenheit“ erst dann besteht, wenn die Kampfkraft der UdSSR spürbar geringer ist als die amerikanische. Begründung für diese plumpen „Logik“: Die USA sind von Europa weiter entfernt als die Sowjetunion. eg.

Metall-Lohnrunde beendet: Harte Kritik am IGM-Vorstand

Mit der Annahme des 8,5prozentigen Lohn- und Gehaltspromisses für die 690 000 bayerischen Metallarbeiter ist die diesjährige Lohnrunde in der metallverarbeitenden Industrie beendet. Durch Warnstreiks in mehreren Großbetrieben wurde in Bayern die stufenweise Abschaffung der Ortsklasse „Provinz“ erreicht, außerdem konnten erstmalig den Unternehmern Garantien zur „Sicherung des sozialen Besitzstandes der älteren Arbeitnehmer“ abgerungen werden.

Ziehen die Metallarbeiter und Angestellten die Bilanz der diesjährigen Lohnrunde, berücksichtigen sie dabei die Preisseigerungen des vergangenen Jahres, die höheren Sozialversicherungsbeiträge für 1973, so können sie trotz der 8,5 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung weniger kaufen als vor einem Jahr. Unter dem Strich ist ihnen null-Komma-nichts geblieben. Das Loch in den Budgets der Arbeiterfamilien ist im Gegenteil noch erheblich größer geworden.

Einheitlich ist die Meinung in den Betrieben, daß bei größerem Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft mehr drin gewesen wäre. Das beweisen die besseren Ergebnisse dort, wo die Arbeiter und Angestellten durch Streiks ihren Forderungen Nachdruck verliehen haben. So führten die Streiks in Baden-Württemberg, an denen sich rund 40 000 Arbeiter und Angestellte beteiligten, in Südwürttemberg/Hohenzollern zu einem Durchschnittsergebnis von 9,2 Prozent. Streiks gab es auch in mehreren Betrieben an der Saar. In allen Fällen handelte es sich um spontane Aktionen, und es liegt auf der Hand, daß bei Einsatz dieser Kampfbereitschaft durch die Gewerkschaft ein besseres Ergebnis hätte erzielt werden können.

Selbst der 2. Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, mußte gegenüber dem Unternehmerorgan „Handelsblatt“ zugeben, daß die Gewerkschaft ihre „durch die augenblickliche Konjunktur- und Arbeitsmarktlage bedingte Macht in dieser Tarifrunde nicht voll ausgenutzt“ habe.

Der durch Rücksichten auf die SPD-Regierung ausgehandelte Kompromiß ist nicht nur bei den Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie, sondern auch in der Metallverarbeitung auf Mißfallen gestoßen. In Köln übte die von 1500 Betriebsräten und Vertrauensleuten besuchte Funktionärskonferenz der IG-Metall-Verwaltungsstelle scharfe Kritik an der Haltung des IG-Metall-Vorstandes. Diskussionsredner griffen die „zentralistische und nach unten dirigierende Politik des IG-Metall-Vorstandes“, seine

prozentigen Lohnerhöhung und die Bezahlung der Streikstunden zusicherte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus Protest gegen einen geplanten Lohnbetrug legten 600 Arbeiter der Dortmunder Geldschrankfabrik Pohlschroeder und Co. die Arbeit nieder. Sie verließen das Werksgelände und demonstrierten durch die Straßen der Stadt. Der Arbeitskampf richtete sich gegen die Weigerung des Unternehmens, die für die metallverarbeitende Industrie vereinbarte Lohnerhöhung effektiv zu zahlen. Statt dessen will Pohlschroeder 2 Prozent auf „übertarifliche Zulagen“ anrechnen.

Die vollkommen unzulänglichen Lohn- und Gehaltserhöhungen, die fortschreitenden Preistreibereien, die geplante Erhöhung der Massensteuern werden den Metallarbeitern keinen anderen Ausweg lassen, als durch betriebliche Aktionen zusätzliche Verbesserungen zu erreichen. Nicht ohne Grund erinnern zahlreiche Metallarbeiter an die großen Streiks im Herbst 1969. G. M.

Warnstreiks gegen Lohnraub

Mit Proteststreiks beantworteten die Arbeiter und Angestellten mehrerer Betriebe in NRW die Absicht der Unternehmer, die neue Tarifvereinbarung von 8,5 Prozent nicht effektiv zu zahlen. 800 Arbeiter der Frühschicht bei der Varta AG in Hagen legten am 30. Januar 1973 für zwei Stunden die Arbeit nieder, weil für 300 Kollegen eine neue Lohngruppeneinteilung geplant war. Das aber hätte einen Lohnraub bedeutet. Erst als die Unternehmensleitung sich zu Verhandlungen bereiterklärte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Ebenfalls am 30. Januar traten 140 Akkordarbeiter der Firma Hülsbeck und Fürst in Velbert in den Ausstand. Statt der vereinbarten 8,5 Prozent wollte der Unternehmer nur 6 Prozent bezahlen. Die Kampfentschlossenheit zwang die Geschäftsleitung an den Verhandlungstisch.

Auch in Wuppertal protestierten 250 Beschäftigte der Fahrzeugfabrik Eyert nach einer stürmischen Belegschaftsversammlung mit einer mehrstündigen Arbeitsniederlegung gegen Versuche, die tariflich vereinbarte Lohn- und Gehaltserhöhung von 8,5 Prozent für die Akkordarbeiter und zahlreiche Angestellte nicht effektiv werden zu lassen. Die Akkordrichtsätze sollten mit dem Ziel geändert werden, eine wesentlich höhere Leistung als bisher zu erreichen, aber kaum höhere Einkommen zu gewährleisten.

Ablehnung der Stahltarife als Ergebnis falscher Lohnpolitik

Das von der IG Metall für die Eisen- und Stahlindustrie ausgehandelte Tarifergebnis von 46 Pfennig mehr Lohn bzw. 8,5 Prozent mehr Gehalt ist bekanntlich von der Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten in einer zweiten Urabstimmung am 11. und 12. Januar 1973 abgelehnt worden. Nachdem sich bei der ersten Urabstimmung am 20./21. Dezember 1972 97 Prozent der IG-Metall-Mitglieder für Kampfmaßnahmen ausgesprochen hatten, stimmten nur 25,9 Prozent für den völlig unzureichenden Kompromiß (vgl. NACHRICHTEN 1/73, Seite 4).

Das Ergebnis dieser zweiten Urabstimmung ist für die Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik von großer Bedeutung. In den entscheidenden Zentren der Eisen- und Stahlindustrie haben weit mehr Gewerkschafter das Verhandlungsergebnis abgelehnt, als das in dem Durchschnitt von 52 Prozent Gegenstimmen aller Stimmberechtigten zum Ausdruck kommt. In Dortmund stimmten 73,5 Prozent, in Gelsenkirchen 84,5 Prozent und bei Rheinstahl Duisburg über 80 Prozent gegen das Obereinkommen mit den Konzernen.

Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, hatte zwar erklärt, seine Gewerkschaft werde aus dem „Abstimmungsergebnis Konsequenzen für die Zukunft ziehen“, betrachtet man aber die Ende Januar stattgefundene Beiratstagung, dann werden die Ursachen für die Niederlage des Vorstandes der IG Metall nur oberflächlich angesprochen.

Daß die Konzernherren in der Lage waren, mehr zu zahlen, zeigen die überdurchschnittlichen Gewinnerwartungen der Stahlindustriellen. 1972 wurde mit 43,7 Millionen Tonnen Rohstahl

Es habe den Unwillen der Metallarbeiter erregt, daß zwischen der ersten Urabstimmung und dem vorgesehenen Streikbeginn Verhandlungen mit den Unternehmern neu begonnen worden waren. Ferner sei es im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen zu einer allgemeinen Politisierung der Arbeiter gekommen, die sich auch auf die Kampfbereitschaft ausgewirkt habe, stellte der Beirat fest. Mit keinem Wort wurde allerdings darauf eingegangen, daß die Hauptursache der Ablehnung in dem völlig unzureichenden Ergebnis der Verhandlungen liegt. Hier wäre Selbstkritik des Vorstandes und des Beirates der IG Metall am Platze gewesen.

Warum hat man nicht den Mut, offen zu erklären: Wir haben uns der Bundesregierung stärker verpflichtet gefühlt, als dem Willen der Mitglieder. Die Schlußfolgerung kann nur lauten, in Zukunft eine von Regierung, Parteien und Unternehmern unabhängige aktive Lohnpolitik zu betreiben, die zum Inhalt hat, den Anteil der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt zu erhöhen und die sich ausschließlich von den

Offenbar beginnt in den DGB-Gewerkschaften ein Klärungsprozeß in der Frage der Beurteilung der Organisierten gegenüber den Nichtorganisierten. Nachdem in der Vergangenheit der DGB und fast alle Gewerkschaften auf ihren Kongressen die Änderung des Tarifvertragsgesetzes dahingehend gefordert hatten, daß künftig der Abschluß von materiellen Leistungen nur für Gewerkschaftsmitglieder erlaubt sein soll, hat sich jetzt der 2. Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, gegen eine solche Strategie ausgesprochen.

Mayr gibt zu bedenken, daß sogenannte „Begünstigungsklauseln“ für Organisierte in den Tarifverträgen zur Entpolitisierung der Gewerkschaften nach amerikanischem Muster führen müßten. Vor Journalisten sagte er Mitte Januar,

mehr Stahl produziert als erwartet. Gegenüber dem Jahr 1971 (40,3 Millionen Tonnen) war das eine Steigerung von 8,4 Prozent.

Für 1973 zeichnet sich bereits der kommende Boom ab. Außen- und Innenhandel expandieren, die Fachwelt propehzeit ein „Rekordjahr mit überproportionalen Erlösen“, sprich Maximalgewinne. Gleichzeitig aber fordert der BDI-Präsident und Vorstandsvorsitzende des Thyssen-Konzerns, Sohle, höhere Koks-Kohle-Subventionen und droht bei Nichteinlösung dieser Forderung mit der Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland.

Lohnpolitische Zurückhaltung, Abschöpfung der Nachfrage oder Konsumverzicht haben keine preisstabilisierende Wirkung, sondern verstärken die Möglichkeit für die marktbeherrschenden Großunternehmer, über erhöhte Preise die Profite zu steigern. Ab 1. April 1973 sind bereits Inlands-Stahlpreiserhöhungen für die rund 15 Millionen Tonnen Walzstahlerzeugung um 40 DM je Tonne angekündigt. Damit wird eine weitere Kettenreaktion der rollenden Preislawine ausgelöst. Die Mehreinnahmen werden etwa 600 Millionen DM bringen. Hier zeigt sich erneut: die Profit-Preis-Spirale bewegt sich weiter. Die Konzerne diktieren und treiben die Preise und sind die wahren Urheber des Kaufkraft-Verlustes und der inflationären Entwicklung.

Von der Regierung aber wird das Großkapital nicht angetastet; es genießt Steuervorteile, schluckt Subventionen und übt nach wie vor wirtschaftliche und politische Macht aus. Hier muß der Hebel angesetzt, muß wirksame gewerkschaftliche Gegenmacht entwickelt werden.

Heinrich Bramkamp

Mayr gegen Begünstigungsklausel

starke Gewerkschaften hätten es nicht nötig, „Begünstigungen“ nur für Ihre Mitglieder zu verlangen.

Die „Gewerkschaftsverbände europäischer Tradition“ seien keine Organisationen zur ausschließlichen wirtschaftlichen Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Darüber hinaus hätten sie auch die gesellschaftspolitischen Anliegen der gesamten Arbeitnehmerschaft zu vertreten. An diesem Auftrag könnten sie jedoch gehindert werden, wenn Beschäftigte nur zur Erlangung materieller Vorteile in die Gewerkschaften eintreten würden, die allein Gewerkschaftsmitgliedern gewährt werden. Denn, so meinte Mayr, diese nur materiell orientierten Mitglieder würden letztlich auch Einfluß auf die Ausrichtung der Vorstandspolitik nehmen.

Lehren für aktive Tarifpolitik: Starke Gewerkschaften im Betrieb

Die ersten Tarifrunden des Jahres 1973 sind zu Ende. Die IG Metall, ÖTV, Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner haben für mehr als 7 Millionen Arbeiter und Angestellte neue Lohn- und Gehaltstarife mit einem materiellen Ergebnis von durchschnittlich 8,5 Prozent und einer Laufzeit von zwölf Monaten – Eisen- und Stahlindustrie 13 Monate – abgeschlossen. Über weitere Einzelheiten ist bzw. wird in dieser Zeitschrift informiert.

Während für die Arbeiter und Angestellten das Ergebnis negativ ist und nicht einmal der Kaufkraftverlust seit der vorangegangenen Tariflohnherhöhung ausgeglichen wurde, steht das Kapital vor einer neuen Profitexplosion. Diese wird um so heftiger, als das Preiskarussell – im Januar 1973 plus 6,9 Prozent gegenüber Januar 1972 – von den Konzernen noch stärker angekurbelt wird und in Form weiterer Milliarden bei den Profiten zu Buche schlägt. Für die Lohnabhängigen bedeutet jede neue Preiserhöhung weiter sinkender Reallohn.

Bei den Tarifbewegungen war für die Arbeiter mehr drin als 8,5 Prozent. Sie haben auch wesentlich mehr erwartet. Als im Spätherbst des vergangenen Jahres in Betrieben, Vertreter- und Delegiertenkonferenzen die ersten Forderungen erhoben wurden, lagen diese überall zwischen 13 und 16 Prozent bzw. bei einer linearen Erhöhung zwischen 80 Pfennig und 1 Mark je Stunde. Die Führungen der Gewerkschaften haben mit Rücksicht auf die Bundesregierung und aus Furcht vor einer kämpferischen Auseinandersetzung mit den Unternehmern diese Forderungen auf 11 Prozent bzw. 60 Pfennig reduziert. Aber auch diese reduzierte Forderung wurde nicht voll durchgesetzt.

Die Unternehmer waren und sind im Hinblick auf die kommenden Lohnrunden in der Lage, die Ausgangsforderungen zu zahlen. Das beweisen die steigenden Gewinne, die erhöhten Dividendenausschüttungen und die weiter gestiegene Arbeitsproduktivität. Es war mehr drin, weil die Arbeiter und Angestellten zum Kampf entschlossen waren. Dies unterstrichen nicht nur die beiden Urabstimmungen in der Stahl- und Eisenindustrie, sondern auch zahlreiche Warnstreiks, Demonstrationen und Protestkundgebungen, an denen sich nach einem unvollständigen Überblick mehr als hunderttausend Arbeiter und Angestellte beteiligten.

Dabei zeigte sich, daß dort die Kampfbereitschaft am stärksten entwickelt war, wo ein gut arbeitender Vertrauensleutekörper sich ausschließlich von den Interessen der Belegschaften leiten

läßt und sich ständig bemüht, gewerkschaftliches Bewußtsein zu entwickeln. Natürlich hatte diese Kampfentschlossenheit dazu beigetragen, die ursprünglichen provokativen Unternehmerangebote von 5,6 Prozent bzw. von 6 Prozent und 15 DM im öffentlichen Dienst vom Tisch zu fegen. Aber die Kraft der Arbeiter und Angestellten ist nicht voll in die Waagschale geworfen worden.

Frage man nach den Ursachen der Differenz zwischen den Forderungen in den Betrieben und den unzureichenden Tarifabschlüssen, dann kann man nicht ohne Kritik an der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführungen zur Tagesordnung übergehen. Eine Meldung im „Spiegel“ im November vergangenen Jahres, daß sich Finanzminister Schmidt mit den Gewerkschaftsführern verständigte, bei den Lohnbewegungen nur um 8 Prozent abzuschließen, blieb nicht nur ohne Dementi, sondern wurde jetzt Realität. Eine ähnliche Orientierung soll es auch Anfang Dezember im Gewerkschaftsrat beim Parteivorstand der SPD – dem auch alle 16 Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften angehören – geben haben.

Damit ist die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften entscheidend verletzt worden. Die Spitzen der Gewerkschaften haben sich in der Lohnfrage in eine Regierungspolitik eingeordnet, die das kapitalistische Profitsystem in keiner Weise antasten will.

Es reicht eben nicht aus, wenn der IG-Metall-Vorsitzende, Eugen Loderer, nach dem völlig unzureichenden Kompromiß von 8,5 Prozent an der Regierungserklärung von Willy Brandt Kritik übt und betont, in einer „kapitalistischen Wirtschaft“ mache „die Interessenlage der Arbeitnehmer“ es „gebieterisch notwendig... den ständigen Kampf um die Verbesserung ihrer materiellen und sozialen Situation mit den Arbeitgebern zu führen“. Im Lohnkampf selbst hat der Vorstand der IG Metall diese Lehre ungenügend berücksichtigt.

Um künftig eine solche Diskrepanz von Worten und Taten zu verhindern, soll-

ten in der IG Metall und in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die abgeschlossenen Lohnrunden kritisch ausgewertet und Lehren für die Zukunft gezogen werden. Diese Forderung ist von zahlreichen Gewerkschaftsvertretern in Betrieben und örtlichen Leitungen erhoben worden.

Eine der wichtigsten Lehren sollte sein, die gegenwärtige Wahl der Vertrauensleute in der IG Metall und den beschlossenen Aufbau von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen im Bereich der ÖTV zu nutzen, die Gewerkschaften in den Betrieben zu stärken. Aktive Vertrauenskörper und ein hoher Organisationsstand in den Betrieben, mit einem Wort: die Stärkung der Gewerkschaften als Klassenorganisation ist eine wirksame Waffe gegen die Konzernherren für die eigenen Interessen und auch ein wichtiger Hebel, damit in Zukunft Tarifabschlüsse mit einer faktischen Reallohnseenkung nicht mehr möglich sind. Starke Gewerkschaften im Betrieb sind auch jetzt in der Lage, den betrieblichen Kampf zur Sicherung der Reallöhne zu organisieren.

Voraussetzung dafür ist, die innergewerkschaftliche Demokratie weiterzuentwickeln. Dazu gehört, daß beispielsweise in der IG Metall die Vertrauensleute in der Satzung verankert werden und – wie bei der IG Chemie-Papier-Kramik – die Mitglieder der Tarifkommissionen wählen.

Eine weitere wichtige Lehre besteht darin, daß die 8,5 Prozent keine Lohnleitlinie für die kommenden Tarifrunden in der chemischen Industrie, dem graphischen Gewerbe, dem Steinkohlenbergbau und dem Baugewerbe sein dürfen. Wie an anderer Stelle dieser Ausgabe dargelegt, sind in den Betrieben und örtlichen Delegiertenversammlungen dieser Bereiche Lohnforderungen von rund 15 Prozent erhoben worden. Angesichts der weiteren Kaufkraftverluste sollte diese realistische Forderung voll durchgesetzt werden.

Nicht zuletzt muß eine Lehre der abgelaufenen Tarifrunden sein: Um die Lage der Arbeiter und Angestellten entscheidend zu verbessern, reichen Lohnbewegungen allein nicht aus.

Wenn es gelingt, durch breite Aktionen und geschlossenes Handeln Mitbestimmungsrechte zu verwirklichen, so wird es künftig auch leichter sein, Reallohnsteigerungen durchzusetzen. Andererseits erleichtert eine nicht nur auf dem Papier stehende aktive Lohn- und Gehaltspolitik es den Gewerkschaften, die Mitbestimmung sowie die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und andere demokratische Reformen in grundlegender Auseinandersetzung gegen das Großkapital und seine Sachwalter im Staat durchzusetzen.

Werner Petschick

Im öffentlichen Dienst: Löhne büßen für Rüstungslast

Die Tarifbewegung für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst – bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie Bundesbahn und Bundespost – ist zuende gegangen. Mit Lohn- und Gehaltserhöhungen um 6 Prozent und einem einheitlichen Sockelbetrag von 40 DM entspricht diese Anhebung etwa 8,5 Prozent und orientiert sich damit an den zu geringen Resultaten bei Eisen und Stahl und in der Metallverarbeitung. Der Tarifabschluß hat auch im öffentlichen Dienst zu enttäuschten Reaktionen geführt.

Laut Mitteilung des Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV wurde am 24. Januar mit dem „öffentlichen Arbeitgeber“ folgende Vereinbarung getroffen:

1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 Prozent und einen einheitlichen Betrag von 40,- DM;

2. Erhöhung der Vergütungen für Auszubildende in den vier Lehrjahren auf 270 DM, 325 DM, 375 DM bzw. 430 DM. Auszubildende, die ihre Ausbildung nach Vollendung des 18. Lebensjahrs begonnen haben, erhalten eine Zulage von 40 DM;

3. Für bestimmte Gruppen des Krankenpflegepersonals wurde eine Erhöhung der Zulage für besonders erschwerete Arbeit von 45 auf 67 DM vereinbart;

4. Wegfall der bisherigen Ortsklasse A.

Diese Vereinbarungen gelten ab 1. Januar 1973 für zwölf Monate. Da die Erhöhung der Löhne und Gehälter sich auf das Grundeinkommen bezieht, also gewisse Zuschläge wie Kindergeld usw. nicht berücksichtigt sind, errechnet sich z. B. für die Arbeiter und Angestellten des Bundes nur eine Zulage von 7,7 Prozent. Ähnlich ist auch die Auswirkung bei den Beschäftigten der Länder und Gemeinden sowie bei Bahn und Post, wo von den zuständigen Gewerkschaften die gleichen Vereinbarungen getroffen wurden.

Während Sprecher der Hauptvorstände der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Zufriedenheit mit den Verhandlungsergebnissen erklärten, äußerten zahlreiche Arbeiter und Angestellte ihre Enttäuschung. ÖTV-Vorsitzender Heinz Kluncker meinte: „Wir haben die Interessen unserer Mitglieder in diesen Verhandlungen gut vertreten.“

Zur gleichen Zeit traten z. B. in Duisburg 800 Arbeiter des Städtischen Fuhrparks in den Streik. Ausdrücklich erklärte ihre Streikleitung, daß die ausgetriebenen 6 Prozent plus 40 DM nicht

beitszeit ihren Protest gegen das Generalschlußgebot artikulierten.

ÖTV-Bezirksleiter Wolf stellte öffentlich fest: „Nicht die Tarifforderungen der Gewerkschaften, sondern die Rüstungslasten bedrohen die Stabilität.“ Wolf kritisierte in diesem Zusammenhang das „wahnwitzige Unternehmen unseres sogenannten Hauptverbündeten in Vietnam“.

Am 24. Januar kam es in Frankfurt abermals zu einer Protestdemonstration, als etwa 8000 Beschäftigte der Postämter ihre Forderung von 6 Prozent plus 70 DM bekräftigten und durch die Straßen zogen. Das Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen der DPG, Eberhard Bacher, kritisierte den Hauptvorstand der ÖTV, weil dieser „ohne Abstimmung mit den anderen Organisationen des öffentlichen Dienstes“ die Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6 Prozent plus 40 DM vereinbart hatte.

Das zuerst von der Gewerkschaft ÖTV angenommene Resultat wurde schließlich auch vom Hauptvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) akzeptiert. Obgleich der Hauptvorstand am 15. Januar die Äußerung des Bundesbankvizepräsidenten Emminger zurückwies, wonach die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst „unter der 8,5-Prozent-Marke“ bleiben müßten, meinte der GdED-Vorsitzende Philipp Seibert am 24. Januar, die wesentlichen Ziele der gewerkschaftlichen Tarifpolitik seien in dieser Lohnrunde erreicht worden. Seibert war bereits in einem Pressegespräch am 9. Januar, als noch kein Angebot vorlag, von der Ausgangsforderung abgerückt und hatte durchblicken lassen, daß ihm 8,5 Prozent genügen würden.

Die Tarifbewegung im öffentlichen Dienst war jedoch von einem unverkennbaren Gegensatz beherrscht: Während die Arbeiter und Angestellten eine kräftige Erhöhung ihrer Einkommen verlangten, stellten auf der anderen Seite führende Gewerkschafter die wirtschafts- und finanzpolitischen Interessen der Bundesregierung in den Vordergrund. Ebenso wie schon im Metallbereich waren unbefriedigende Abschlüsse mit der Konsequenz des Sinkens der realen Kaufkraft von Löhnen und Gehältern die Folge.

„Niemand kann uns den Vorwurf machen“, erklärte nach dem Verhandlungsergebnis der ÖTV-Hauptvorstand, „wir erschweren mit diesem Tarifabschluß die Bemühungen der Bundesregierung um Preisstabilität.“ Die Hauptvorstände der ÖTV, DPG und GdED müssen sich allerdings aus den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder den Vorwurf gefallen lassen, die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten „erschwert“ und den Interessen der Bundesregierung, aber auch der Unternehmer, geopfert zu haben.

Gerd Siebert

Chemische Industrie: Gute Lage für Erhöhung der Löhne

In der chemischen Industrie hat die Vorbereitung der Tarifrunde 1973 begonnen. Die Tarifverträge in den Bezirken Nordrhein, Rheinland/Pfalz und Hessen sind zwar erst am 31. März kündbar — die restlichen Bezirke folgen einen Monat später — aber in den Betrieben entwickeln sich bereits erste Aktivitäten.

Zusammen mit der Neuwahl der Tarifkommissionen der IG Chemie, Papier, Keramik, die laut geänderter Satzung auf dem Dortmunder Gewerkschaftstag im September vergangenen Jahres auf Versammlungen der Vertrauensleute erfolgt, sind in einer Reihe von Betrieben bereits Forderungen aufgestellt worden. Beispielsweise verlangte der Vertrauensleutekörper der Bayersdorf AG Hamburg eine lineare Lohnerhöhung von 150 DM. Die Vertrauensleuterversammlung von Degussa in Frankfurt am Main hat in Anwesenheit des Bezirksleiters der IG Chemie Hessens, Franz Fabian, einen Sockelbetrag von 70 bis 80 DM für alle Lohn- und Gehaltsgruppen und darauf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter von 6,5 Prozent gefordert. Das ergibt eine durchschnittliche Lohn- und Gehaltserhöhung von 14,3 Prozent.

Daß die Chemie-Unternehmer in der Lage sind, dieser angesichts der Preislawine realistischen Forderung zu entsprechen, mußte selbst der Kurz-Nachrichten-Dienst der Arbeitgeberverbände indirekt eingestehen. Er meldete am 25. Januar 1973, daß im vergangenen Jahr der Umsatz der chemischen Industrie wieder stärker gestiegen sei, als im Durchschnitt der gesamten Industrie und die Erträge sich wesentlich verbessert haben. Gleichzeitig wird von „Ertragseinbußen“ in den Jahren 1970 und 1971 gesprochen.

Diese Behauptung muß angezweifelt werden. Nach einer jetzt erschienenen wissenschaftlichen Untersuchung des Instituts für Politik und Wirtschaft sind im Jahre 1971 die echten Netto-Profit nicht oder nur unwesentlich gesunken, wenn auch der „ausgewiesene Reingewinn“ gegenüber dem Vorjahr geringer war. Für die drei großen IG-Farben-Nachfolger ergab sich folgendes Bild:

„Reingewinn“ Nettoprofit			
1970	1971	1970	1971
(Mill. DM)	(Mill. DM)		
Bayer	270,8	238,5	1777,9
BASF	306,9	229,2	1796,3
Hoechst	290,4	223,5	1787,4
			1801,6
			1673,7
			1838,7

In zwei dieser Chemiegiganten sind bei gesunkenem „Reingewinn“ die Netto-Profit im Jahre 1971 weiter angestie-

Firma, die „Gesellschaft für Chemie-Werte mbH“. Diese Gesellschaft hat nur einen einzigen Zweck: für die 9 Millionen DM Sonderausschüttung, die diese Großaktionäre aus Anlaß des 100. Jahrestages des Degussakonzerns erhalten, keine Steuern zahlen zu müssen.

Für den Arbeiter, der keine Millionen, sondern nur einige Mark „Jubiläums-geld“ erhält, sind solche Manipulatio-nen natürlich nicht möglich. Im Gegen-teil werden durch die Lohnsteuerpro-gression von den Lohn- und Gehalts-erhöhungen immer größere Teile weg-gesteuert.

gen. In allen drei Konzernen haben in diesem Jahr 1971 die Arbeiter und Angestellten mehr Profite erwirtschaftet als das nominale Aktienkapital beträgt.

Wenn es um die Profite geht, sind die Konzernherren immer erforderlich. Das verdeutlicht ein Vorgang beim Degussa-Konzern. Zwei Großaktionäre, die Multimillionärsfamilie Henkel (Waschmittel) und die Dresdner Bank, die mehr als 25 Prozent der Aktien von Degussa be-sitzen, gründeten kürzlich eine neue

Ebenso wie die Konzerne erforderlich sind, ihre Profite zu erhöhen, sind sie nicht bereit, freiwillig den Arbeitern und Angestellten mehr Lohn und Gehalt zu zahlen. Nur durch die Mobili-sierung der gesamten Mitgliedschaft wird die IG Chemie eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik verwirklichen kön-nen. Die unzureichenden 8,5 Prozent in der Metallindustrie dürfen für die IG Chemie keine „Lohnleitlinie“ sein. Ich

Beschäftigte der Druckindustrie fordern 15 Prozent mehr

Tarifausschuß und Tarifkommission der IG Druck und Papier kommen am 22./23. Februar in Stuttgart zusammen, um die Lohnforderungen für die Arbeiter im graphischen Gewerbe zu be-schließen. Der Tarifvertrag ist zum 31. März kündbar. Mehrere Ortsvereine forderten 15 Prozent mehr Lohn und in Frankfurt, zusätzlich eine Kündigungsklausel in den Tarifvertrag auf-zunehmen, die bei einem etwaigen Konjunkturzuschlag eine vorzeitige Tarifkündigung ermöglicht.

Eine Reihe von Ortsvereinen führten Ende Januar Delegiertenkonferenzen und Mitgliederversammlungen durch, um, einem Beschuß des Nürnberger Gewerkschaftstages vom Oktober 1971 entsprechend, die Mitgliedschaft stärker als bisher in die Vorbereitung der Lohnbewegung einzubeziehen. In Düs-seldorf verlangte am 27. Januar eine Mitgliederversammlung einmütig 15 Prozent mehr Lohn; in Darmstadt wurde eine lineare Erhöhung von 1,- DM für alle Lohngruppen gefordert.

In Frankfurt/M. beschloß am gleichen Tage eine von rund 300 Teilnehmern besuchte Bezirksmitglieder- und Dele-giertenversammlung folgende Forde-rungen: „15 Prozent auf den Facharbeiter-ecklohn, jedoch mindestens 90 Pfen-nig für alle unter dem Facharbeiter-ecklohn liegenden Lohngruppen“. Für

die Auszubildenden wurde ebenfalls einmütig beschlossen, die 15 Prozent Erhöhung des Facharbeiter-ecklohnes auf die Vergütungen, gestaffelt nach Lehrjahren, aufzuschlagen. Das bedeutet eine Erhöhung der Lehrlingsvergü-tungen um 178 DM.

Bedeutungsvoll ist ein weiterer in Frankfurt am Main angenommener Beschuß. Er verlangt, in den abzuschließenden Tarifvertrag eine Kündigungsklausel einzubauen, „die die Gewerkschaft ermächtigt, den Tarif zu kündigen, wenn eine Konjunkturabgabe eingeführt werden sollte“.

Auf der schon erwähnten Versammlung in Frankfurt referierte der zweite Vorsitzende der IG Druck und Papier, Herbert Schwiedel, zur bevorstehenden Tarifbewegung. Auf der einen Seite wies Schwiedel nach, daß im graphischen Gewerbe eine gute Konjunktur-lage herrscht, 1973 mit einer Steigerung der Produktivität um mehr als 6 Pro-zent zu rechnen sei und insbesondere die Zeitungsverleger — nicht zuletzt durch die Wahlanzeigen — mit fetten Gewinnen rechnen könnten. „Wir gehen davon aus“, betonte Schwiedel, „daß wir diesmal mit unseren Forde-rungen kräftig hinlangen können.“

Auf der anderen Seite war Schwiedel nicht bereit, eine konkrete Forderung

Diesmal kräftige Lohnerhöhungen im Bergbau notwendig

Am 31. Mai 1973 laufen die Tarifverträge für die Beschäftigten im Steinkohlenbergbau aus. Dies sollte Anlaß sein, die Diskussion über die Höhe der zu stellenden Lohnforderungen in den Betrieben und in gewerkschaftlichen Gremien zu führen. Daß die Einkommen der Bergarbeiter erhöht werden müssen, daran besteht kein Zweifel. Sie rutschen in der Lohnskala ständig weiter nach unten.

Die unverschämten Preissteigerungen und der enorme Nachholbedarf, den die Bergarbeiter gegenüber anderen vergleichbaren Industriebereichen haben, machen eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung notwendig. Schon jetzt ist bekannt, daß die Unternehmer 1973 die Preise weiter erhöhen werden. Auch die Bundesregierung be-

tätigt sich auf diesem Gebiet. Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ hat bereits eine Preissteigerung für 1973 von 5,5 bis 6,5 Prozent vor- ausgesagt. Die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, daß es bei dieser Voraussage nicht bleiben wird, denn die Konzerne und Großunternehmen diktieren die Preise, sie halten nicht viel von Preisstabilität. Sie wollen über den Preis noch zusätzliche Profite kassieren.

Auch die Kohlenkonzerne beteiligen sich an den Preistreibereien. Ab Juli 1972 wurden wiederum die Kohlenpreise durchschnittlich um 4,5 Prozent erhöht. Als Grund wurde unter andrem die letzte Tariflohnserhöhung angeführt. Das war aber nur ein Vor-wand für die Montankonzerne, um höhere Profite zu realisieren. Im Mittelpunkt steht das Profitstreben, das die Preise immer höher klettern läßt.

Die Bergarbeiter haben ein Recht auf eine angemessene Einkommensverbes-serung. Aus einer DGB-Veröffentli-chung über die durchschnittlichen Brutto-gehälter der letzten Jahre ist ersichtlich, daß die Bergarbeiterlöhne stark hinterherhinken:

Jahr	Brutto-gehälter je Beschäftigten Industrie (in Prozent)	Bergbau (in Prozent)
1966	7,2	4
1968	6,1	5,5
1969	9,2	11,49*
1970	15,1	7,75
1971	11,8	7,3

* 1969 wurden im großen Bergarbeiterstreik 3,50 DM erkämpft; im Januar 1970 kamen noch 1,5 bis 2 Prozent hinzu. Das ergab zusammen 11,49 Prozent.

Andererseits ist die Schichtleistung unter Tage ständig gestiegen: 1968 be-trug sie im Bundesdurchschnitt pro Mann und Schicht 3526 Kilo, im dritten Quartal 1972 aber bereits 4106 Kilo. Trotz dieser Leistungssteigerungen sind die ohnehin schmalen Einkommen der Bergarbeiter noch schmäler geworden. Hinzu kommt, daß durch Zechenstill-legungen die Zahl der im Bergbau Be-schäftigten seit 1960 stark zurückge-gangen ist. Waren es 1960 noch 505 000, davon rund 308 000 unter Tage, so be-

trug die Zahl im Oktober 1972 nur noch 222 000, davon rund 120 000 unter Tage.

Die am 31. Mai 1973 auslaufenden Tarif-verträge sollten dazu genutzt werden, spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen. Als Grundlage hierzu müßte die DGB-Zielprojektion dienen, die eine reale Einkommenserhöhung von 4 Prozent vorsieht. Stellt man dazu noch die Preissteigerungen von 1972, die Steuerprogressionen und die Er-höhung der Versicherungsbeiträge so ist, um wenigstens eine kleine Ein-kommensverbesserung der Bergarbeiter zu erreichen, eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 15 Prozent, bei einer kurzen Laufzeit des Tarifvertrages, er-forderlich.

Die Durchsetzung der notwendigen 15-Prozent-Forderung verlangt den ganzen Einsatz aller Mitglieder der IG Bergbau und Energie. Nur eine starke Ge-werkschaft ist in der Lage, den Konzernherren Paroli zu bieten. Die auf dem letzten Kongreß der IG Bergbau und Energie 1972 in Hannover kriti-sierten „geräuschten Lohnrunden“ der letzten Jahre, auf der Grundlage von „Orientierungsdaten“, dürfen sich 1973 nicht wiederholen.

Heinz Brandstetter

Tarifkündigungen bei Banken u. Versicherungen

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat Mitte Januar für die 290 000 Bankangestellten und 190 000 Versicherungsangestellten die Gehaltstarifverträge zum 28. Februar bzw. 31. März 1973 gekündigt. Die Höhe der Gehaltsforderungen wird zur Zeit in einer umfassenden Mitglieder-befragung ermittelt.

Auf einer Tagung der Großen Tarif-kommissionen gemeinsam mit 200 De- legierten aus den Bereichen Banken und Versicherungen wurden folgende Forderungen angemeldet: Ausgleich der Preissteigerungen und Beteiligung an dem im letzten Jahr erarbeiteten realen Wirtschaftswachstum, gerechte Einkommensverteilung und Beseitigung des Tarifrückstandes, der gegenüber den Regelungen für völlig gleiche Ar-beiten in anderen Bereichen des Dienstleistungsgewerbes besteht. Ferner sollen die „freiwilligen“ Gratifi-kationen in Höhe eines Monatsgehaltes als Weihnachtsgeld tariflich abgesie-chert, das 624-DM-Gesetz voll ausge-schöpft und ein tariflicher Bildungs- urlaub eingeführt werden.

Die Verhandlungen für die Bankange-stellten sollen am 2. März aufgenom-men werden, während ein Termin für die Versicherungsangestellten Anfang Februar noch nicht bekannt war.

Der Angriff auf den Geldbeutel der Arbeitenden geht weiter

Mit dem Abschluß der unzureichenden 8,5prozentigen Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Metallindustrie, im öffentlichen Dienst, bei Bundesbahn und Post, haben sich die Gewerkschaften zu einem Lohn- und Gehaltsstopp für die kommenden zwölf Monate verpflichtet. Während die Arbeiter und Angestellten in den genannten Bereichen mit den 8,5 Prozent noch nicht einmal einen Ausgleich für die in der Vergangenheit (1972 = 6,4 Prozent) gestiegenen Preise erhalten haben und ihr Reallohn trotz nomineller Lohnerhöhungen gesunken ist, haben Unternehmer und Staat mit Hilfe einer neuerlichen Preisexplosion eine abermalige Profitausweitung eingeleitet.

Wie sehr sich die Lohn-Profit-Spirale zu Gunsten der Familien der Lohnabhängigen auswirkt, mögen nur wenige Beispiele zeigen.

Von einer „Preisexplosion“ in zahlreichen Branchen der Konsumgüterindustrie spricht sogar der Fachhandel. Auf den jüngsten Mustermessen wurden Preissteigerungen zwischen 5 und 50 Prozent registriert. So verteuerten sich Lederwaren um 30 bis 50 Prozent, Glas- und Keramikerzeugnisse um 10 bis 20 Prozent. Die Veranstalter von Mustermessen in München erklärten sich „bestürzt“ über diesen Preisanstieg. Leder sei bereits zum „Luxusgegenstand“ und für normale Käufer „uninteressant“ geworden.

Umfangreiche Preissteigerungen für Chemiefasern, Stoffe und Garne planen die Chemie- und Textilkonzern der Bundesrepublik in diesem Jahr. Der zur holländischen Akzo-Gruppe gehörende Enka-Glanzstoff-Konzern Wuppertal will für alle Bereiche seiner Chemiefaserproduktion eine Preissteigerung von 10 Prozent durchsetzen. Der Textilkonzern von Delden hat Erhöhungen der Preise für Garne und Oberbekleidungsstoffe bis zu 12 Prozent angekündigt und für Dekorationsstoffe von 5 Prozent. Das Unternehmen konnte seinen Umsatz in allen Produktionsbereichen im vergangenen Jahr erheblich vergrößern. Gleichzeitig wurde durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität der Pro-Kopf-Umsatz bis zu 22 Prozent erhöht. Für dieses Jahr erwartet die Konzernleitung eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bis zu 16 Prozent.

Gegenüber der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ bezeichnete der Präsident des Zentralverbandes des Handwerks, Schnitker, drastische Preissteigerungen im Handwerk als unvermeidlich. Bereits im vergangenen Jahr waren die Preise um durchschnittlich 9 Prozent gestiegen.

Umfassende Gebührenerhöhungen in den Kindergärten Nordrhein-Westfalen haben zu Protesten der Eltern geführt.

Aus den Gelsenkirchener Arbeitsteilen Buer und Hassel protestierten Eltern mit ihren Kleinkindern vor dem Rathaus. Die Kinder führten Spruchbänder mit: „Kindergartenbesuch heute ein Luxus?“ Die ab 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Gebührensteigerungen betragen bis zu 56 Prozent.

Durch die Erhöhung der Tarife auf 1,20 DM für den billigsten Fahrschein will das Düsseldorfer Nahverkehrsbetrieb Rheinbahn-AG noch in diesem Jahr eine Mehreinnahme von 15 Millionen DM erzielen. Das sieht eine geheime Verwaltungsvorlage vor, aus der Mitte Januar Einzelheiten an die Öffentlichkeit drangen.

Auch in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden sollen die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel um durchschnittlich 20 Prozent angehoben werden. Der billigste Einzelfahrschein wird dann statt 80 Pfennig eine D-Mark und

Die Schließung des Werkes Finkenwerder der Howaldtswerke – Deutsche Werft AG, Hamburg und Kiel, ist nunmehr verbindlich beschlossen. Etwa Ende Februar wird dieser Betriebsteil von HDW die Tore schließen. Als ehemalige „Deutsche Werft“ war sie lange Zeit die größte Werft der Welt. Jetzt wissen die noch verbliebenen 1200 Arbeiter und 400 Angestellten nicht, wie es mit ihnen weitergehen wird. Die meisten von ihnen sollen in zwei andere HDW-Betriebe umgesetzt werden. Aber mindestens 300, hauptsächlich Verwaltungs- und technische Angestellte, erhalten den „blauen Brief“.

Die Stillelung wurde mit den Stimmen der sogenannten Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat beschlossen. Es handelt sich um den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag,

der Kinderfahrschein statt 40 nun 50 Pfennig kosten. Gleichzeitig sollen die Strompreise um 6,5 Prozent und der Wasserpreis um 20 Pfennig auf 1,50 DM je Kubikmeter steigen. Die Fahrpreise werden auch in Hamburg angehoben.

Strom, Wasser und die Benutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel sollen auch in Frankfurt teurer werden. Ebenso wie in Wiesbaden sollen die Stromtarife um 6,5 Prozent erhöht werden. Für den Kubikmeter Trinkwasser sollen statt bis 95 Pfennig künftig 1,20 DM bezahlt werden. Nach den Plänen der Frankfurter Verkehrsbetriebe sollen Erwachsene und Kinder für Fahrten mit den Nahverkehrsmitteln rund 25 Prozent mehr zahlen. Gegen diese geplanten Preissteigerungen hat der Frankfurter DGB-Kreisvorstand protestiert. In einer Erklärung wird die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, sich den Preissteigerungen zu widersetzen.

Zahlreiche Betriebsräte von Hanauer Großbetrieben haben in einer Protestresolution gegen die beabsichtigte Erhöhung der Fahrpreise der Hanauer Straßenbahn AG protestiert. Besonders die Arbeitnehmer, Rentner und Schüler würden von einer solchen Preissteigerung betroffen, heißt es darin.

Basierend auf örtlichen Aktionen sollten nunmehr die Gewerkschaften verstärkt von der Regierung das schon seit langem geforderte Verbot der Preisbindung der zweiten Hand verlangen und um das Recht einer demokratischen Preiskontrolle kämpfen. Wie wir erfahren haben, gibt es bereits in zahlreichen Betrieben Diskussionen, angesichts der Preislawine zusätzlich zu der ungenügenden Tariflohnsteigerung eine Teuerungszulage zu verlangen. G.M.

Werft-Stillelung in Hamburg

Dr. Hans Apel, den Hamburger Wirtschaftssenator Helmut Kern (SPD) und den Leiter des Bezirks Hamburg der IG Metall, Heinz Scholz. Die Deutsche Werft war viele Jahre im Besitz der Gutehoffnungshütte, deren Aktionäre vor allem in den 50er Jahren hohe Gewinne herauszogen und nichts investierten. Als sich der technologische Rückstand in nachlassenden Profiten niederschlug, veräußerten sie ihr Aktienpaket zu hohem Kurs.

Jetzt ist die ehemalige Deutsche Werft, wie das Gesamtunternehmen HDW, im Besitz des bundeseigenen Salzgitterkonzerns und des Landes Schleswig-Holstein. Bei der Umsetzung der verbleibenden Arbeiter und Angestellten in andere Werksteile wird es für viele von ihnen soziale Härten und Lohnabnahmen geben.

-ie-

Zur wirtschaftlichen Lage am Jahresbeginn 1973

Die in den letzten Jahren besonders ausgeprägte systembedingte Labilität und innere Widersprüchlichkeit ist auch für die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik am Beginn des Jahres 1973 charakteristisch. Dabei sind für die gegenwärtige Lage und die nächsten Entwicklungsaussichten vor allem folgende Tatsachen kennzeichnend:

■ Die bereits seit dem Herbst 1970 vorherrschenden Stagnationserscheinungen der Produktion haben auch die ökonomische Entwicklung im Jahre 1972 weitgehend bestimmt. Erst in den letzten Monaten zeigten sich einige Anzeichen einer allmählich beginnenden Konjunkturbelebung.

■ Die hohen inflationären Preissteigerungsraten hielten auch 1972 an und verstärkten sich in der zweiten Jahreshälfte sogar noch beträchtlich.

■ Die Monopolbourgeoisie und ihre Interessenvertreter versuchen auch in dieser Situation, einen Ausweg aus den durch die schleichende Inflation verschärften ökonomischen Widersprüchen und Zielkonflikten auf Kosten der arbeitenden Menschen zu finden.

Obwohl der Tiefpunkt der zyklischen Abschwächung bereits im IV. Quartal 1972 erreicht wurde, prägten die Stagnationsstendenzen in der Industrie die Wirtschaftsentwicklung während des gesamten Jahres 1972. Das findet in den geringen ökonomischen Wachstumsraten seinen Ausdruck. Das reale Brutto- sozialprodukt war in den ersten drei Quartalen des Jahres 1972 nur um 2,3 Prozent größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Ein ähnliches Bild vermittelt die jüngste Entwicklung der Industrieproduktion. Der Produktionsausstoß war im Zeitraum von Januar bis Oktober 1972 um ganze 1,9 Prozent höher als 1971. Selbst wenn die Zuwachsrate in den letzten Monaten des Jahres etwas höher war, wird dies nichts daran ändern, daß die Jahresbilanz des Wirtschaftswachstums für 1972 mit einer Zunahme um 2 bis 3 Prozent nur ganz wenig besser ausfällt als die des zyklischen Tiefjahres 1971.

Festzustellen sind jedoch einige Anzeichen für eine allmähliche Konjunkturbelebung im Verlaufe dieses Jahres. Ein solches Zeichen ist, daß die Zuwachsrate der Industrieproduktion im Verlaufe des Jahres 1972 eine leicht ansteigende Tendenz zeigten. Sie be- trugen

im I. Quartal	1,1 Prozent
im II. Quartal	1,8 Prozent und
im Zeitraum von	
Aug. bis Okt.	2,8 Prozent.

Ein zweites Anzeichen einer beginnenden konjunkturellen Entspannung ist die Entwicklung der Auftragseingänge, bei denen der Aufwärtstrend während des vergangenen Jahres noch etwas deutlicher ausgeprägt war als bei den Produktionsziffern. Die realen (preisbereinigten) Auftragseingänge der gesamten Industrie, die ein wichtiger Indikator für die künftige Produktionsbewegung sind, stiegen im Zeitraum von Januar bis Oktober 1972 um etwa 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr; in den Monaten August bis Oktober erhöhte sich ihre Zuwachsrate sogar auf durchschnittlich 8 Prozent.

Die für die wirtschaftliche Entwicklung der BRD in den letzten beiden Jahren gravierende Erscheinung ist die Welle inflationärer Preissteigerungen, die vor allem die Lebenshaltungskosten erfaßt hat. Dabei hat sich die für den modernen Kapitalismus typische Erscheinung, die Verbraucherpreise auch in Perioden der zyklischen Abschwächung wieder in die Höhe zu treiben, nunmehr auch in der BRD, die jahrelang am Schluß der internationalen Inflations- skala lag, voll durchgesetzt.

Im Verlauf des Jahres 1972 haben sich Tempo und Ausmaß der Preissteigerungen sogar noch beträchtlich beschleunigt; die Lebenshaltungskosten stiegen nach dem offiziellen statistischen Ausweis im Jahresdurchschnitt um 5,8 Prozent, davon im September und Oktober um 6,4 Prozent, im November um 6,6 und im Dezember um 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr und erreichten damit einen Rekordstand. Diese inflationäre Entwicklung wird sich voraussichtlich in diesem Jahr fortsetzen oder gar noch verstärken, weil vor allem folgende Faktoren inflationsfördernd wirken:

Die Tatsache, daß erhebliche Erhöhungen der Verbraucherpreise zu einer chronischen – auch auf den Tiefpunkten der zyklischen Produktionsentwicklung anzutreffenden – Erscheinung geworden sind, hat bereits zu einem sehr

hohen Niveau der Inflationsraten auf der „Talsohle“ der Konjunktur geführt. Für die nächste Zeit bedeutet dies aber, daß die in der bevorstehenden konjunkturellen Belebungsphase noch wesentlich günstigeren Möglichkeiten der Monopolunternehmen, die wieder wachsende Nachfrage und ihre marktbeherrschenden Positionen zur Durchsetzung weiterer Preiserhöhungen auszunutzen, bereits auf einem sehr hohen Preisniveau aufzubauen. Für eine Abschwächung des Inflationstemplos sind damit von vornherein wesentlich schlechtere Ausgangspositionen vorhanden als in den anderen Zyklen der Nachkriegsentwicklung.

Die industriellen Erzeugerpreise, bei denen sich das Steigerungstempo während der konjunkturellen Abschwächung etwas verringert hatte, haben am Jahresbeginn 1972 den „Tiefpunkt“ mit Steigerungsraten um 2,5 Prozent überschritten und gehen schon wieder kräftiger in die Höhe. Sie erreichten im Oktober bereits eine Zuwachsrate von 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Dabei ist besonders frappierend, daß die Konzerne gerade in konjunkturellen Situationen die Preise erhöhen, in denen die Marktlage eigentlich Preisabsenkungen verlangt hätte. So erhöhten die Automobilkonzerne ihre Preise zu einem Zeitpunkt, als ein erheblicher Nachfragerübergang in diesem Zweig eingesetzt hatte und teilweise sogar Feierschichten eingelegt wurden. Im Maschinenbau waren in den ersten acht Monaten des Jahres 1972 eindeutige Krisenscheinungen und Produktionsrückgänge eingetreten – die Unternehmer erhöhten die Erzeugerpreise in diesem Zeitraum dennoch um 4,5 bis 5 Prozent.

Diese Beispiele verdeutlichen einmal mehr, daß die Preispolitik der Großunternehmen keineswegs den immer wieder von den Vertretern des Monopolkapitals zitierten Gesetzen der „freien Marktwirtschaft“, sondern den Erfordernissen der Profitsicherung der mächtigsten Unternehmen unterliegt. Die zu erwartenden weiteren Steigerungen der Erzeugerpreise werden aber an die Verbraucher „weitergereicht“ und der Entwicklung der Lebenshaltungspreise im Jahre 1973 neue Impulse verleihen.

Das Preissteigerungstempo in den anderen kapitalistischen Ländern ist gleichfalls außerordentlich hoch. Das illustriert eine kürzlich veröffentlichte Berechnung des Rates der OECD besonders eindrucksvoll. Danach erhöhten sich die Verbraucherpreise in den Ländern Westeuropas im Zeitraum von Mai bis Oktober 1972 um durchschnittlich 9,6 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Im Jahresdurchschnitt waren es zwischen 5 und 8 Prozent gegenüber 1971.

Preissteigerungsraten dieses Ausmaßes müssen natürlich die inländischen In-

flationswirkungen noch verstärken, zumal die gegenwärtig wieder stärker wachsende Außenhandelsexpansion und die damit verbundenen hohen Außenhandelsüberschüsse ohnehin zu einer forcierten „importierten Inflation“ beitragen werden.

Auf probate Weise versuchen die Monopole und ihre Interessenvertreter gegenwärtig, den Ausweg aus dem Inflationsdilemma und den dadurch verschärften Zielkonflikten der Wirtschaftspolitik wieder einmal auf Kosten der arbeitenden Menschen zu finden. Dabei zeichnen sich für die nächste Zeit insbesondere zwei Felder der ökonomischen Klassenauseinandersetzungen ab:

Bei den laufenden und in Kürze bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen wird versucht, den Arbeitern den „Schwarzen Peter“ für die Preisentwicklung zuzuschieben und die berechtigten Lohnforderungen der Gewerkschaften herunterzudrücken. Selbst das jüngste Jahresgutachten des Sachverständigenrates kommt nicht an der Feststellung vorbei: „Zurückhaltung in der Lohnpolitik führt nicht schon von selbst zu einer entsprechenden Beruhigung des Preisauftriebs. Die Nachteile eines Mißerfolges nimmt den Arbeitnehmern niemand ab.“

Der zweite, auch von den Sachverständigen vorgeschlagene und von Regierungsvertretern wiederholt ins Gespräch gebrachte Weg zur Inflationsmilderung ist allerdings keinesfalls harmloser als der offene Druck auf die Löhne. Dabei soll nach den bisherigen Vorstellungen durch einen allgemeinen, nicht rückzahlbaren Zuschlag zur Einkommensteuer die private Nachfrage eingeschränkt werden. Wessen Einkommen durch solche – angeblich alle Einkommensempfänger betreffenden – Maßnahmen tatsächlich beschnitten werden, zeigte sich jüngst am Beispiel des 1970 eingeführten „Konjunkturzuschlages“.

Seinerzeit hatten die „Selbständigen“ zwar 1970 1,05 Milliarden DM Konjunkturzuschlag gezahlt. Gleichzeitig war es ihnen aber gelungen, dies durch Herabsetzungen der Steuervorauszahlungen, Verzögerungen der Veranlagungsarbeiten und andere vielfältige Manipulationen mehr als auszugleichen; u. a. auch dadurch sank das Gesamtaufkommen der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer 1970 um 3,2 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr.

Den Arbeitern und Angestellten aber standen solche Manipulationsmöglichkeiten nicht zur Verfügung. Sie wurden und sollen wieder voll zur Kasse gebeten werden. Der Unterschied soll nach der Auffassung der geistigen Väter des neuerlich angeregten „Konjunkturzuschlags“ nur darin bestehen, daß die Mehrsteuern diesmal nicht rückzahlbar sind.

Dr. Tu.

Die Gewerkschaften haben sich entschieden, die Forderungen der Regierung zu unterstützen.

Angriff von rechts: DGB verwirkt Grundrechte?

Wenn es nach einem von Axel Cäsar Springer engagierten „Verfassungsrechtler“ ginge, würde der Deutsche Gewerkschaftsbund – ruck-zuck – zu einem Feind der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ gemacht und verboten werden. In der letzten Ausgabe der Springer-„Welt“ im abgelaufenen Jahr kam ein Prof. Dr. Ernst Forsthoff zu Wort, der dem DGB und seinen Gewerkschaften aus deren Forderung nach Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten einen juristischen Strick drehen möchte, um sie daran aufzuknüpfen zu lassen.

In der Zeitungsbeilage „Geistige Welt“ fragt Forsthoff mit einer Schlagzeile: „Sind die Gewerkschaften jetzt verfassungsfeindlich?“ Er gibt dann in dem Artikel selbst die Antwort, die für ihn feststeht. Nachdem nach seiner Auffassung die Gewerkschaften nach dem Kriege in der Arbeiterschaft die Aufgabe „neuartiger kollektiver Disziplinierungen großen Stils“ erfüllten, geht für Forsthoff jetzt ihre Mitbestimmungsforderung zu weit. Das schlimmste daran ist, daß sie als „Instrument der Umgestaltung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung“ begriffen wird.

Der Springer-Verfassungsrechtler wittert große Gefahren für die bestehende Ordnung, in der die Masse der Bevölkerung die Produktion in Gang hält und eine dünne Besitzerschicht die Kommandos gibt und die Profite kassiert. „Bestrebungen sind im Gange, in der Verfassung Türen und Hintertüren zu öffnen, um dem sozialen Trend Einlaß zu verschaffen und die freiheitlich-demokratische in eine sozial-demokratische Verfassung umzuwandeln“, schreibt er.

Forsthoff sieht vor allem in der von den Gewerkschaften verlangten Mitbestimmung eine „Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung“ und Gefährdung der Grundordnung. Dann droht er: „Das Grundgesetz enthält Vorkehrungen, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Vereinigungen, die sie bekämpfen, sind verboten (Art. 9, Abs. 2); wer die Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung mißbraucht, verwirkt sie.“ Das ist eine unverhüllte Verbotsforderung gegen die Gewerkschaften.

Für Forsthoff besteht Freiheit und Demokratie nur dann, wenn eine winzige Minderheit in Wirtschaft und Gesellschaft das Sagen hat. Fordern diejenigen, die alle Werte schaffen, Mitbe-

stimmung, so ist diese Art Freiheit gefährdet. Das stimmt sogar.

Wer ist Forsthoff? Er selbst gab die Antwort, als er „die Verbindlichkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung für den Staat in all seinen Daseinsäußerungen“ verlangte. Das war allerdings schon 1933; dabei blieb er. Und damals lehrte er auch das „Prinzip der Einheit von Führung und Gefolgschaft im einzelnen Betrieb: Sozial verantwortlicher Führer ist der Unternehmer, die ihm zur Treue verpflichtete Gefolgschaft (sind) die Arbeiter und Angestellten.“

Ein Mann mit Grundsätzen – mit Axel-Cäsar-Springer-Grundsätzen. G.S.

Postgewerkschaft fordert Parität

Der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Ernst Breit, kritisierte am 2. Februar vor Journalisten in Frankfurt den erneut im Bundestag eingebrachten aus der letzten Legislaturperiode stammenden Gesetzentwurf für eine neue Unternehmensverfassung der Bundespost. Insbesondere kritisierte Breit, daß in der Besetzung des künftigen Aufsichtsrates die in der Regierungserklärung angekündigte „Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeitnehmern und Anteilseignern“ noch nicht zu finden sei. Die Postgewerkschaft werde sich bemühen, den Gesetzentwurf im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen zu verbessern.

Forsthoff sieht vor allem in der von den Gewerkschaften verlangten Mitbestimmung eine „Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung“ und Gefährdung der Grundordnung. Dann droht er: „Das Grundgesetz enthält Vorkehrungen, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Vereinigungen, die sie bekämpfen, sind verboten (Art. 9, Abs. 2); wer die Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung mißbraucht, verwirkt sie.“ Das ist eine unverhüllte Verbotsforderung gegen die Gewerkschaften.

Gegen Abbau der Mitbestimmung

Scharfen Protest gegen die Pläne des NRW-Wirtschaftsministers Riemer (FDP), die nach Auffassung der Arbeiter unzureichende Mitbestimmung in der Montanindustrie zu beseitigen, erhoben am 31. Januar die Gewerkschaftsvertreter von mehr als 35 000 Bochumer Arbeitern und Angestellten. Die starken Proteste aus dem Bergbau, der Stahlindustrie und dem öffentlichen Dienst an Rhein und Ruhr haben NRW-Ministerpräsident Kühn veranlaßt, ein „Vermittlungsgespräch“ vorzuschlagen.

Brandts Regierungserklärung an den „Prüfsteinen“ des DGB geprüft

Nachdem die überwiegende Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten Bundeskanzler Brandt am 19. November 1972 in die Regierungsverantwortung gebracht hatte, wäre es angemessen gewesen, wenn sich der Kanzler dessen in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 erinnert hätte. Wenn man jedoch die Erklärung daraufhin unter die Lupe nimmt, ist zur Freude der Unternehmerverbände und der großbürgerlichen Presse davon nichts zu merken. Millionen Arbeiter und Angestellte standen um die Jahreswende im Lohnkampf. Brandt solidarisierte sich nicht einmal mit ihnen.

In der Regierungserklärung meinte der Kanzler, daß es notwendig sei, die Tarifautonomie „verantwortungsbewußt“ zu nutzen. Damit niemand diese Feststellung mißdeuten kann, ergänzte er sie dahingehend, daß es notwendig sei, „im Zuwachs des Verbrauchs auch einmal langsamer“ zu treten. Damit ergriff er offen Partei für die Unternehmer, denn jedes Prozent Lohnerhöhung, auf das die Arbeiter und Angestellten verzichten, bringt 3 Milliarden mehr Profit in die Taschen der Unternehmer und des Staates. Die Vermögensverteilung würde dadurch nur noch mehr zugunsten der Superreichen verändert.

Unter dem Beifall der CDU/CSU erklärte Brandt, niemand solle glauben, „wir könnten mit selbstverständlicher Automatik mehr verdienen, wenn wir weniger leisten“. Barzel schlug sofort in dieselbe Kerbe und erklärte, daß er nichts davon halte, „den Faulen und den Fleißigen über einen Leisten zu schlagen“. Brandt und Barzel stellen die Dinge so hin, als ob in der Bundesrepublik, einem kapitalistischen Land, jemals nach der Leistung bezahlt worden wäre. Nach dieser Theorie sind die Reichen deshalb reich, weil sie viel leisten und die Arbeiter und Angestellten, die mit ihrem Lohn und Gehalt nur die Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft bestreiten können, leisten zu wenig oder sind gar „die Faulen“. Wer sich auskennt, wie der gesellschaftliche Reichtum in unserem Lande verteilt wird, weiß, daß völlig andere Maßstäbe als die Leistung Kriterien der Verteilung sind.

Der DGB hat vor den Bundestagswahlen acht „Prüfsteine“ für die Parteien herausgegeben, die unter dem Motto standen: „An ihren Taten müssen sie gemessen werden.“ (Wortlaut: siehe beiliegende Dokumentation) Die Wahlen sind nunmehr seit drei Monaten vorbei und es besteht die Möglichkeit, die Regierung an ihren in der Regierungserklärung veröffentlichten Absichten zu messen.

Im „Prüfstein“ Nr. 2 wird eine Antwort gegeben über die Ursachen der unge-

geln drei Viertel des erreichten Arbeitsverdienstes betragen muß oder, daß die Schutzfristen vor oder nach der Entbindung auf jeweils 10 Wochen ausgedehnt und im Anschluß an die Schutzfrist ein aus öffentlichen Mitteln bezahlter Sonderurlaub von 18 Monaten eingeräumt werden soll.

Es gibt keinen Hinweis darauf, daß diese Regierung sich als wirtschaftspolitisches Hauptziel stellt – wie es der „Prüfstein“ Nr. 5 fordert –, Vollbeschäftigung zu sichern. Erst recht gibt es keine Äußerung zu der DGB-Forderung, die Schlüsselindustrien und die anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen einer öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen und in Gemeineigentum zu überführen. In der Regierungserklärung wird ebenfalls der wichtigen Forderung des DGB nicht entsprochen, das Steuerrecht durch eine umfassende Steuerreform unverzüglich zu vereinfachen und sozial gerechter zu gestalten, „indem eine Umverteilung der Steuerlast zugunsten der unteren Einkommen erfolgt“.

Wir finden in der Regierungserklärung zwar einen allgemeinen Hinweis, daß die Absicht bestehe, das Arbeitsrecht auszubauen, aber zu den inhaltlichen Forderungen des DGB nach einem verbesserten Kündigungsschutz für alle Arbeiter und Angestellten, zum Verbot der Aussperrung und zum Streikrecht der Beamten wird nichts ausgesagt.

Angesichts dieser Tatsachen nimmt es wunder, daß in der DGB-Stellungnahme vom 18. Januar eine überaus positive Wertung der Regierungserklärung vorgenommen und behauptet wird, daß ihr Schwergewicht auf gesellschaftspolitischen Reformen liege. Es fällt schwer, wenn man die acht Prüfsteine des DGB als Maßstab nimmt, für diese Behauptung in der Regierungserklärung die Beweise zu entdecken.

Heinz Schäfer

Fünf Millionen Wohnungen ohne Bad

Fünf Millionen Altbauwohnungen sind nach Angaben des Bonner Städtebauinstituts renovierungs- und modernisierungsbedürftig. Fast jede 4. Wohnung hat weder ein Bad noch eine Sammelheizung und häufig nicht einmal eine Innentoilette. Rund zwei Drittel aller Bundesbürger leben in Räumen, die nicht mehr dem heutigen Wohnstandard entsprechen. Um diese Mängel zu beheben, müssen 10 Jahre lang jeweils rund 1,5 Milliarden DM für die Modernisierung ausgegeben werden.

Das „Jahr der Arbeitnehmerin“ warf viele Fragen auf

Am 31. Dezember 1972 ging das vom Deutschen Gewerkschaftsbund erklärte „Jahr der Arbeitnehmerin“ zu Ende. Soll über dieses Jahr, die Maßnahmen und Aktionen, eine Wertung erfolgen, kommt man nicht umhin festzustellen, daß sich die eigentliche Situation der Frauen nicht geändert hat und daß die erhobenen Forderungen nicht durchgesetzt werden konnten.

Es war ein Mangel, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund für die erhobenen Forderungen nicht die eigentlichen Adressaten, nämlich Unternehmer und Regierung, beim Namen nannte, sondern sie an „diese Gesellschaft“ richtete. Daraus ergab sich einerseits, daß weder die Unternehmer noch Regierung sich überhaupt angesprochen fühlten, und andererseits, daß diese Forderungen in den Augen der Frauen sozusagen losgelöst vom Gesellschaftssystem – in dem die Großunternehmer den Ton angeben – erscheinen mußten. Bleibt aber der Adressat im Dunkeln, weil man sich scheut, ihn zu nennen, dann wird es überaus kompliziert und schwierig, den weiblichen Lohnabhängigen die Möglichkeit für eine Veränderbarkeit ihrer Situation klarzumachen.

Hinzu kam, daß die Großveranstaltungen des DGB und seiner Gewerkschaften in die Zeit des Wahlkampfes gefallen und sämtlich zu Wahlforen umfunktioniert worden sind. So verharrte man über weite Strecken in Aufrufen und Ermahnungen. Und der entscheidendste Mangel dieses Jahres der Arbeitnehmerin“ war zweifellos, daß keine Versuche gemacht wurden, die Frauen in den Betrieben so zu mobilisieren, daß sie selbst mehr als bisher für ihre Forderungen eintreten.

Demzufolge wird, ausgehend von diesen Erfahrungen, die Frage nach den Formen gewerkschaftlicher Frauenarbeit als mehr betriebsbezogene Arbeit auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Das heißt, daß auch in diesem Bereich eine Form entwickelt werden muß, die anknüpft an betrieblichen Konflikt und am fortentwickelten Konfliktbewußtsein – auch der erwerbstätigen Frauen. Davon ausgehend lernen sie, gemeinsam mit den männlichen Kollegen für ihre Sache einzutreten.

Probleme des gleichen Lohnes bei gleichwertiger Arbeit, der mangelnden und einseitigen Berufsausbildung, der miserablen Eingruppierung in die untersten Lohngruppen in den Betrieben bilden hierfür die Ansatzpunkte. Das sind die hautnahen Fragen, an denen der Interessengegensatz im Betrieb und weitergehend die Grundwidersprüche

che dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung verdeutlicht werden können und müssen.

Trotz dieser entscheidenden Mängel muß festgehalten werden, daß Erfolge in der Mitgliederwerbung von Kolleginnen und in der Vermehrung weiblicher Betriebsratsmitglieder durchaus erzielt

E.T.

Kuschen, weil Unternehmer verrückt spielen könnten?

Nachdem Bundeskanzler Willy Brandt seine für die Arbeiterschaft enttäuschende Regierungserklärung abgegeben hatte, machten die Aktienkurse an den bundesdeutschen Börsen in unmittelbarer Reaktion auf die Kanzler-Worte tagelang danach hektische Sprünge nach oben. Die Unternehmerschaft zeigte sich mit Brandt zufrieden. Ebenso zufrieden sind sie auch mit den

DAS ARGUMENT

Tarifabschlüssen von nur 8,5 Prozent. Wo die abhängig Beschäftigten enttäuscht und zum Verzicht genötigt werden, haben Aktienkurse und Unternehmer Grund, Luftsprünge zu machen.

In letzter Zeit kolportieren führende Sozialdemokraten, besonders auch in den Gewerkschaften, das zur Dämpfung aufkeimender Unzufriedenheit bestimmte Argument, die SPD und ebenso die Gewerkschaften hätten keine andere Wahl, als den Unternehmern ökonomische und politische Zugeständnisse zu machen, sonst würden sie eine Krise inszenieren und die Regierung Brandt/Scheel in Gefahr bringen. Man verweist auf das Schicksal der ehemaligen britischen Labourregierung oder – aktueller noch – auf den Boykott und die Attacken der heimischen Unternehmer und des internationalen Kapitals gegen den Sozialisten Allende in Chile.

Probleme des gleichen Lohnes bei gleichwertiger Arbeit, der mangelnden und einseitigen Berufsausbildung, der miserablen Eingruppierung in die untersten Lohngruppen in den Betrieben bilden hierfür die Ansatzpunkte. Das sind die hautnahen Fragen, an denen der Interessengegensatz im Betrieb und weitergehend die Grundwidersprüche

werden konnten. Vor allem ist durch die Proklamierung des „Jahres der Arbeitnehmerin“ sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Bewußtsein der Betroffenen selbst die Lage und Situation der erwerbstätigen Frauen deutlicher geworden. An diesem Bewußtsein gilt es anzusetzen, es weiterzuentwickeln, um die Aktivitäten derer zu wecken, die etwas zu gewinnen haben.

Gemessen am umfassenden und durchaus richtigen Forderungskatalog des DGB, wie Lohngleichheit, eigenständige Rente für die Frau, Verbesserung des Mutterschutzes, Chancengleichheit in Beruf und Bildung, Schaffung von Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz u. a., hätte dieses Jahr 1972 ein voller Erfolg werden können, wäre man nicht bei der Nennung des Adressaten und den Möglichkeiten einer Aktivierung an der Basis auf halbem Wege stehen geblieben.

E.T.

Die diese „Zugeständnis-Theorie“ vertreten, die aus der Sicht der Arbeiter, Angestellten und Gewerkschafter zwangsläufig zur Verzicht-Theorie wird, bemerken offenbar nicht, welche schlüpfrige Moral sie da verkünden. Was die Unternehmer machen, ist danach tabu. Besteht die Gefahr, daß sie aufgrund ihrer ökonomischen Macht position Staat und Wirtschaft sozusagen in einer „Strafaktion“ aus den Angeln heben, wenn die Regierung etwa Mitbestimmung oder Steuergerechtigkeit verkünden würde, dann müssen Arbeiter und Angestellte auf ihre berechtigten Forderungen verzichten.

Man muß die Unternehmer bei Laune halten, damit sie kein Chaos veranstalten, das die Bevölkerung dann der Regierung anlasten würde! Und die würde womöglich abgewählt! Das sagen dieselben, die sonst immer den Hinweis, daß wir eben keinen „freiheitlich-demokratischen“ oder „demokratischen, sozialen Rechtsstaat“ haben, sondern erst noch schaffen müssen, als „linke Masse“ abtun.

Wer den Machtmißbrauch der Kapitalistenklasse tolerieren und lieber fundamentale Lebensinteressen der Volksmehrheit opfern will, verliert alle Glaubwürdigkeit. Unrecht und egoistische Rücksichtslosigkeit – gewiß, sie müssen bekämpft werden; darum alle staatliche Macht gegen Parksünder und Ladendiebe. Gegen Monopole? Um Gotteswillen, sie könnten eine Krise machen! –

Sollte es nicht gelingen, die Wahl zu verhindern, heißt das für die Unternehmer noch lange nicht, sich geschlagen zu geben. Der Unternehmer soll nun den Lehrling „dauernd darauf hinweisen, daß er seine vertraglich übernommenen Pflichten erfüllen muß“. Es wird sogar die Möglichkeit einer außerordentlichen Kündigung in Erwägung gezo gen. Doch bedauernd muß der DIHT feststellen: „Kündigungsschutz- und

G.S.

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Jugendvertreter in den Betrieben werden drangsaliert

Im Dezember 1972 demonstrierten in Gelsenkirchen Lehrlinge und junge Arbeiter für ihre Jugendvertreter. Die Firma Küppersbusch hatte die beiden Jugendvertreter Klaus Siemens und Hans-Josef Kowalski gefeuert. Rücksichtslos nutzten die Bosse eine Lücke des Betriebsverfassungsgesetzes.

Formell genießen Jugendvertreter und Betriebsräte Kündigungsschutz. Doch wird ein Lehrling zum Jugendvertreter oder Betriebsrat gewählt und den Unternehmern durch aktive Interessenvertretung seiner Kollegen unbehaglich, brauchen sie ihn nach abgeschlossener Lehre nicht in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Nach Schätzungen von Gewerkschaftskreisen beträgt die Zahl der so kaltgestellten Jugendvertreter

und jungen Betriebsräte bereits über 250. Drei Viertel aller Jugendvertreter sind in der Wahrnehmung ihrer Rechte bedroht, weil sie Lehrlinge sind.

Einen neuen Vorstoß gegen die Rechte der Arbeiterjugend in den Betrieben startete nun der Deutsche Industrie- und Handelstag in seiner Zeitschrift „Position – Magazin für Berufsbildung“, Heft 4/72. Hier wird den Unternehmern ein Kampfrezept gegen aktive Jugendvertreter und junge Betriebsräte in die Hand gegeben.

Zwar bedauern die Unternehmer, daß dem Lehrling nicht „von vorneherein das Engagement gemäß dem Betriebsverfassungsgesetz verboten werden“ kann. Aber dann wird durch das Unternehmerblatt ein Widerspruch zwischen der Stellung des Lehrlings als Auszubildender und zugleich Arbeitender und seiner „Lernpflicht“ konstruiert. Es werde sich nicht vermeiden lassen, daß die Lernmöglichkeit des Lehrlings unter der Wahrnehmung seines Amtes leidet. Deshalb soll der Unternehmer dem Lehrling, der beabsichtigt, für ein Amt zu kandidieren, „klarmachen, welche negativen Folgen eine nicht bestandene Abschlußprüfung mit sich bringt“.

Sollten solche Drohungen nicht ausreichen, sollen die Bosse in die Kompetenz des Betriebsrates eingreifen und diesen „bitten, den leistungsschwachen Lehrling in dessen eigenem Interesse nicht zu nominieren“. Hilft auch das nicht, werden die Eltern eingeschaltet. Angeblich braucht der Lehrling, wenn er noch nicht volljährig ist, zur Ausübung betrieblicher Wahlämter die Genehmigung des Erziehungsberechtigten. Zynisch stellt der DIHT fest: „Eltern, denen die Leistung ihres Kindes wichtiger ist, werden bei schwachen Leistungen diese Genehmigung kaum erteilen.“

In einer Dokumentation „Ein Jahr Jugendvertretung und Betriebsverfassungsgesetz“ stellt die DAG-Jugend fest, daß Unternehmer durch die Abhängigkeitsverhältnisse, besonders der jungen Menschen, ihre Interessen durchsetzen können, ohne formal gegen Gesetze oder Paragraphen zu verstößen. In der Dokumentation wird auf Gesetzeslücken verwiesen, die eine Novellierung des BetrVG erfordern. So sei die Möglichkeit der Disziplinierung der Betriebsjugendvertreter durch die Tatsache gegeben, daß sie nach Beendigung ihrer Lehre entlassen werden könnten. Bereits jetzt seien der DAG mehr als 50 Fälle in ihrem Bereich bekanntgeworden.

Betriebsverfassungsgesetz schränken in der Praxis diese Möglichkeit stark ein, wenn sie sie nicht gar ganz verhindern.“

Der DIHT geht sogar so weit, die Änderung bestehender Gesetze zu fordern, die – wohlgerne – ohnehin schon von den Interessen des Kapitals geprägt sind. Nach dem Berufsbildungsgesetz kann der Lehrling in Ausnahmefällen eine Verlängerung der Ausbildungszeit beantragen, wenn sein Ausbildungsziel gefährdet ist. Dem Ausbilder ist dies nicht möglich. Damit ist dem Unternehmer die Möglichkeit genommen, die billige Arbeitskraft der Lehrlinge über die eigentliche Ausbildungszeit hinaus ausbeuten zu können, wie es vor Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes der Fall war.

Der DIHT fordert unverblümmt die Rückkehr zu solchen Zuständen: „Im Sinne einer Koordinierung von Betriebsverfassungsgesetz und Berufsbildungsgesetz wäre es aber wünschenswert, auch dem Ausbildenden die Möglichkeit zu geben, den Ausbildungsvertrag zu verlängern. Das wird jedesmal dann wichtig sein, wenn bei einem leistungsschwachen Lehrling durch – wenn auch gesetzlich verankerte – ausbildungsfremde Tätigkeit die Erreichung des Ausbildungszieles gefährdet erscheint.“

So ganz nebenbei wird die Jugendvertreter- und Betriebsratstätigkeit auch noch als „ausbildungsfremd“ diffamiert. Damit ist die Katze aus dem Sack gelassen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen der Arbeiterschaft, solche Unternehmerangriffe auf hart erkämpfte Rechte zurückzuweisen und bestehende, wenn auch unzulängliche Gesetze bis zum letzten i-Punkt im Arbeiterinteresse auszuschöpfen sowie für eine Ausweitung der Rechte einzutreten.

Wolfgang Bartels

DAG: Unternehmer behindern Tätigkeit

In einer Dokumentation „Ein Jahr Jugendvertretung und Betriebsverfassungsgesetz“ stellt die DAG-Jugend fest, daß Unternehmer durch die Abhängigkeitsverhältnisse, besonders der jungen Menschen, ihre Interessen durchsetzen können, ohne formal gegen Gesetze oder Paragraphen zu verstößen. In der Dokumentation wird auf Gesetzeslücken verwiesen, die eine Novellierung des BetrVG erfordern. So sei die Möglichkeit der Disziplinierung der Betriebsjugendvertreter durch die Tatsache gegeben, daß sie nach Beendigung ihrer Lehre entlassen werden könnten. Bereits jetzt seien der DAG mehr als 50 Fälle in ihrem Bereich bekanntgeworden.

Jugend und Angestellte der GHK bereiten Kongreß vor

In Vorbereitung des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe (GHK) vom 3. bis 7. September 1973 in Freiburg fanden im Dezember vergangenen Jahres in Bad Münder die 5. Bundesjugend- und die 4. Bundes-Angestelltenkonferenz statt. Die beiden Konferenzen verdeutlichten die Probleme, mit denen sich die Gewerkschafter in der GHK gegenwärtig beschäftigen.

„Die Gewerkschaften sollten kein sozial-politischer Verschönerungsverein sein, sondern eine Kampforganisation“, stellte Bruno Eisenburger, zuständiges Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe, auf der 5. Bundesjugendkonferenz dieser Gewerkschaft fest. Um das zu erreichen, so hieß es in der Diskussion, müsse „die Vertrauensleutearbeit in der Zukunft stärker ausgebaut werden“. Deshalb sei eine intensivere Schulungs- und Bildungsarbeit notwendig.

Drei Arbeitsgruppen berieten über die zukünftige Jugendarbeit der GHK: Jugendbildungsarbeit, Jugendvertretung im Betrieb, Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Jugendlichen im Betrieb. Die Arbeitsgruppen forderten: zur Mobilisierung der jungen Menschen sei es notwendig, daß an den betrieblichen Konflikten, die sich aus den Abhängigkeitsverhältnissen im Betrieb ergeben, angeknüpft werden müsse. Um dies zu erreichen, soll es zur Bildung von Betriebsjugendgruppen oder örtlichen Arbeitskreisen der GHK kommen, die diskutieren, Aktionen planen und durchführen.

„Da der arbeitende Mensch keine Maschinen, Werkzeuge oder Produktionsstätten besitzt, ist er gezwungen, seine Arbeitskraft an den Unternehmer zu verkaufen. Als Gegenleistung erhält er den durch die Gewerkschaften ausgehandelten Lohn. Mit dem Verkauf seiner Arbeitskraft begibt sich der Lohn-abhängige unter die Verfügungsgewalt des Unternehmers“, heißt es zu den Arbeitsbedingungen im Betrieb. Für deren kurzfristige Veränderung forderten die Delegierten die Verbesserung der vorhandenen Gesetze (wie Jugendarbeitsschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz), eine verstärkte Kontrolle auf Einhaltung dieser Gesetze und verschärftete Strafbestimmungen bei Verstößen.

Die konzertierte Aktion lehnten die Delegierten ab und forderten mehr Mitbestimmung. Sie verlangten ferner, die Arbeit der Vertrauensleute in der Satzung besser zu verankern und ihren Kündigungsschutz durchzusetzen. In den Berufsschulen müsse der gewerkschaftliche Einfluß stärker werden. Bei den örtlichen Geschäftsstellen der GHK

Auch in der GHK spielt die Tarifpolitik eine wichtige Rolle für die Sicherung und Erweiterung des sozialen Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten. Hier wurde empfohlen, mehr ehrenamtliche Gewerkschafter an den Lohn- und Gehaltsverhandlungen zu beteiligen.

Ein weiteres Diskussionsergebnis war: Voraussetzung für den Erfolg sei die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft; eine gemeinsame Tarifpolitik für alle Arbeitnehmer; der Abschluß gemeinsamer Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte; Beseitigung noch bestehender Ortsklassen; Erhöhung des Tarifurlaubs; Durchsetzung von Effektivklauseln bei Tariferhöhungen; Lohn- bzw. Gehaltsfortzahlung beim Arztbesuch während der Arbeitszeit. Um die Kluft zwischen Tarifgehältern und Effektivverdiensten zu schließen, wird eine tarifliche Regelung angestrebt, die vorsieht, daß mindestens 15 Prozent auf den Tariflohn als Leistungszulage gezahlt werden müssen.

Die Lehrlinge sind stärker beim Abschluß von Tarifverträgen zu berücksichtigen, sie sind in die Tarifkämpfe mit einzubringen. Kritisiert wurde von der Arbeitsgruppe, daß die Lehrlinge aus den Tarifverträgen über die Einführung eines 13. Monatseinkommens ausgeklammert wurden. Als ein wichtiger Punkt wurde herausgearbeitet, daß die Arbeiter und Angestellten in jede Phase der Tarifpolitik einzubringen sind.

Die wissenschaftlich-technische Entwicklung wirkt sich in entscheidendem Maße auf die Arbeitswelt und Stellung des Menschen im Produktionsprozeß aus. Unter diesem Gesichtspunkt wurden die personellen und berufsbildenden Probleme diskutiert. Die Betriebsräte werden aufgefordert, alle Möglichkeiten zu nutzen, um sich im Interesse aller Beschäftigten rechtzeitig und intensiv in alle Fragen einzuschalten.

„Die Berufsausbildung entspricht nicht mehr der technischen Entwicklung. Die Forderung nach der Gleichsetzung der beruflichen Bildung mit der allgemeinen Bildung im Rahmen eines demokratischen und zukunftsorientierten Bildungssystems, wie es vom DGB gefordert wird, muß für die GHK langfristig als Ziel der Bildungsreform angesehen werden.“ So heißt es in Forderungen, die ebenfalls an den Gewerkschaftstag weitergeleitet werden sollen. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe endete mit der Feststellung: „Die profitorientierten Interessen lassen keine humanitäre und soziale Gestaltung der Arbeitswelt zu. Dafür müssen wir allein sorgen.“

Es bleibt zu hoffen, daß sich diese Erkenntnisse auf dem Freiburger Gewerkschaftstag der GHK in konkreten Beschlüssen niederschlagen. H.P.

Vertrauensleute sind die Gewerkschaft im Betrieb

In den Betrieben des Organisationsbereiches der IG Metall finden zur Zeit die Wahlen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute statt. Wahlen, die, wenn man von der Tatsache ausgeht, daß die Arbeiter und Angestellten den größten Teil ihres bewußten Lebens im Betrieb und im Büro zubringen, in ihrer Bedeutung hinter Parlamentswahlen nicht zurückstehen. Zwar nimmt die Öffentlichkeit diese Wahlen nur am Rande zur Kenntnis, für die Belegschaften und ihre Gewerkschaften wächst ihr politisches Gewicht jedoch von Wahl zu Wahl.

Nach einer Veröffentlichung der IG Metall ist die Zahl der Betriebe, in denen Vertrauensleute gewählt wurden, von 1960 = 3339 auf 5483 im Jahre 1970 angestiegen. Die Zahl der Vertrauensleute ist im gleichen Zeitraum um das Doppelte auf 103 407 gestiegen. Da zu den Vertrauensleutekörnern in den Betrieben auch die gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitglieder und Jugendvertreter gehören, beträgt die Gesamtzahl der Vertrauensleute allein im Bereich der IG Metall an die 130 000.

Die IG Metall hat in einem Arbeitsheft mit dem Titel „Betriebsrat und Vertrauensleute im Betrieb“ (Ausgabe Mai 1972) für ihre Mitglieder die Aufgaben der Vertrauensleute dargelegt. Dabei geht die IG Metall von dem Grundsatz aus, daß die Basis der Gewerkschaften im Betrieb liegt und die Vertrauensleute Träger der gewerkschaftlichen Arbeit sind. Ihr Aufgabenbereich geht von der Unterrichtung der Gewerkschaftsmitglieder über ihre Rechte und Pflichten in den Gewerkschaften, die Mitwirkung bei Arbeitssicherungsmaßnahmen im Betrieb, die Vertretung ihrer Kolleginnen und Kollegen bei ungerechtfertigten und willkürlichen Entscheidungen der Betriebsleitungen bis zur Funktion eines Verbindungsorgans der Arbeiter und Angestellten am Arbeitsplatz zum Betriebsrat.

Eine erfolgreiche Wahrnehmung dieser Aufgaben ist aber nur möglich, wenn die gewählten Vertrauensleute im Betrieb nicht auf sich selbst gestellt bleiben, sondern als Kollektiv, als „Vertrauensleutekörper“ wirken und in regelmäßigen Zusammenkünften Erfahrungen austauschen und gemeinsame Aktionen beschließen. Nach den Richtlinien der IG Metall gehören auch die organisierten Betriebsräte dem Vertrauensleutekörper an. Daraus ergeben sich viele Möglichkeiten kollegialer Zusammenarbeit.

Die Vertrauensleute seien aber keine Handlanger des Betriebsrates, fuhr Willi Janssen fort, denn ihre wichtigste Aufgabe sei, die Gewerkschaft im Betrieb zu vertreten, den Informationsfluß von den Gewerkschaftern im Betrieb zur Gewerkschaft und von der Gewerkschaft zu den Gewerkschaften am Arbeitsplatz offenzuhalten.

Grundsätzlich werden bei Klöckner die Vertrauensleute von ihren Kolleginnen

und Kollegen gewählt. Das sei, fügte Willi Janssen hinzu, die Voraussetzung für ein gutes Funktionieren des Vertrauensleutekörpers und verleihe den Vertrauensleuten die notwendige Achtung und Autorität. Notwendig sei aber auch ein gutes Verhältnis zwischen Vertrauensleuten und der örtlichen Gewerkschaftsorganisation. Da allerdings gebe es manchmal Schwierigkeiten.

Im allgemeinen deckt sich die hier geschilderte Situation mit den Verhältnissen in anderen Betrieben. Schwierigkeiten gibt es aber noch vielfach für die Vertrauensleute durch die Betriebsleitungen, die ihnen das Recht auf unbehinderte Tätigkeit streitig machen. Zwar gibt es ein Bundesarbeitsgerichtsurteil, das den Gewerkschaften Werbe- und Informationsfreiheit im Betrieb zu billigt. Das befreit aber die Gewerkschaften nicht von der Aufgabe, energetisch tarifliche Absicherungen für die Tätigkeit der Vertrauensleute gegen den Widerstand der Unternehmer durchzusetzen. Das scheint auch gewerkschaftspolitisch richtiger zu sein, als auf den Gesetzgeber zu warten.

Durch die technische Entwicklung, Akkordarbeit usw., wird außerdem die Arbeit der Vertrauensleute ständig erschwert. Die Vertrauensleute brauchen für ihre Aufgaben Freistellungen, um überhaupt ihre Tätigkeit ausüben zu können. Mit dem Tarifvertrag vom August 1969 hat die IG Metall einen wichtigen Schritt in dieser Richtung getan. Damit sind die Vertrauensleute der IG Metall in ihrem Organisationsbereich tariflich anerkannt. Es kommt aber nun darauf an, weitere Sicherungen für die Vertrauensleute tariflich durchzusetzen, besonders hinsichtlich des Kündigungsschutzes, des Rechtes ungehinderter Tätigkeit und, wie schon erwähnt, der Freistellung für gewerkschaftspolitische Aufgaben im Betrieb.

Die letzte Lohnbewegung hat noch einmal gezeigt, wie wichtig die Vertrauensleute für die Gewerkschaftspolitik sind. Es ist nicht zufällig, daß beispielsweise in solchen Betrieben der Stahlindustrie, in denen ein aktiver, an den Stimmungen und Erwartungen der Arbeiter und Angestellten orientierter Vertrauensleutekörper vorhanden ist, die größte Ablehnung des 8,5-Prozent-Ergebnisses zu verzeichnen war. Hätte der Vorstand der IG Metall sich mehr nach seinen betrieblichen Vertrauensleuten als nach der Bundesregierung gerichtet, dann hätte er gewiß die Tarifbewegung bei Eisen und Stahl nicht so frühzeitig abgebrochen, und die Abfuhr, die er sich mit der zweiten Urabstimmung einhandelte, wäre ihm erspart geblieben.

Die Bedeutung der Vertrauensleutekörper verlangt von den Belegschaftsmitgliedern, nur Kandidaten aufzustellen und zu wählen, die in der Vergangenheit ihre gewerkschaftliche Qualifikation bewiesen haben und durch ihre Aktivität das Vertrauen verdienten, das in sie gesetzt werden muß. H.S.

dju-Journalisten verteidigen die Einheitsgewerkschaft

Erheblichen Unwillen hat in der IG Druck und Papier und vor allem in der ihr angeschlossenen Deutschen Journalisten-Union (dju) der von Eugen Stotz verfaßte Artikel „Probleme und Aufgaben der dju am Jahreswechsel“ hervorgerufen. Stotz ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier und verantwortlicher Redakteur des Gewerkschaftsorgans „druck und papier“ sowie des dju-Organ „die feder“.

In dem genannten Artikel, der im abgelaufenen Jahr im letzten Heft der „feder“ erschienen war, hatte Stotz einerseits die dju als „Organisation der Unterprivilegierten“ bezeichnet, die „offenbar der politisch organisierten Linken“ einen „außerordentlich großen Anreiz“ biete, so daß „in einigen örtlichen oder bezirklichen dju-Vorständen . . . eingeschriebene DKP-Mitglieder oder Sympathiesanten dieser Partei des Klassenkampfes vertreten“ seien. Andererseits hatte er behauptet, „ein linientreuer Kommunist kann nicht zugleich ein „guter Gewerkschafter“ im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms sein“.

Diese Ansichten und Äußerungen, die vor allem als Gefährdung der Einheitsgewerkschaft verstanden wurden, lösten nicht nur bei Journalisten, sondern auch bei Buchdruckern, Schriftsetzern, Buchbindern und anderen in der IG Druck und Papier organisierten Berufsgruppen so heftige Unmutsreaktionen aus, daß der Hauptvorstand am 15. Januar sich zur Abgabe einer Erklärung genötigt sah. Angesichts der Ausschlüsse von dju-Funktionären in Westberlin (siehe nebenstehenden Bericht) betonte der Hauptvorstand, daß es einen Zusammenhang und „politischen Hintergrund“ nicht gebe.

Ausdrücklich wird in der Erklärung gesagt: „Der in der „feder“ veröffentlichte Beitrag über Probleme und Aufgaben der dju mit seinen Aussagen über die Zusammensetzung der dju-Mitgliedschaft und insbesondere auch über die Rolle kommunistischer Mitglieder in der Gewerkschaft und in der dju stellen keine offiziellen Äußerungen des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, sondern Überzeugungen und Auffassungen des Verfassers dar, welche die Organisation nicht binden.“

Zahlreiche Organisationsteile und Organe der IG Druck und Papier und der dju haben sich inzwischen gegen die Stotz-Auffassungen ausgesprochen und den Hauptvorstand der Gewerkschaft aufgefordert, „sich unverzüglich und eindeutig . . . zu distanzieren“. So heißt es z. B. in einer Resolution, die im Januar von der Mitgliederversammlung

treters Willi Weyer an den DGB nach demselben Modell: Kommunisten keinen Platz in der Gewerkschaft zu geben.“

Die Delegierten- und Mitgliederversammlung des Bezirks Frankfurt/Main forderte am 27. Januar den Hauptvorstand der IG Druck und Papier auf, „gegen Angriffe auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und gegen Differenzen von Berufssparten energisch vorzugehen und Äußerungen wie die des Kollegen Stotz . . . wirksam zu unterbinden“.

Den zahlreichen Protesten schloß sich Ende Januar auch die Mitgliederversammlung der dju Hamburg an, die auch gegen den Ausschluß Westberliner dju-Mitglieder aus der Gewerkschaft protestierte.

Die empörte Reaktion der Gewerkschaftsmitglieder auf die Stotz-Attacke zeigt die tiefe Verwurzelung und Lebensfähigkeit des Prinzips der Einheitsgewerkschaft. Es wird die gelegentlichen Reformierungsversuche in Richtung auf die „Vorherrschaft“ einer Partei in den Gewerkschaften überdauern. Sb.

des Ortsvereins München der IG Druck und Papier angenommen wurde.

Die Münchener Gewerkschafter erklären: „Solche Äußerungen, mit denen aktive Gewerkschaftskollegen diffamiert werden, leisten einer Sozialisten- und Kommunistenhatz in der Gewerkschaft Vorschub und bewegen sich auf demselben Niveau wie die Berufsverbote durch den Ministerpräsidentenbeschluß und die Aufforderung des Unternehmer-Ver-

Solidarität mit dju-Mitgliedern

Die ungerechtfertigten Ausschüsse der beiden Westberliner Funktionäre der Deutschen Journalisten-Union (dju) Jörg Mettke und Stefan Reisner aus der IG Druck und Papier haben zahlreiche Proteste ausgelöst (vgl. NACHRICHTEN 1/73, S. 21). Immer mehr Mitgliederversammlungen sowie Vorstände auf Orts-, Bezirks- und Landesebene der IG Druck und Papier und der dju solidarisieren sich mit den ausgeschlossenen dju-Funktionären und fordern, die Ausschlüsse wieder aufzuheben.

Der im Dezember vergangenen Jahres vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier auf Antrag des Westberliner Landesbezirksvorstandes verfügte Ausschluß hat nicht nur die organisierten Journalisten empört, sondern auch unter der Gesamtmitgliedschaft der IG Druck und Papier erhebliche Unruhe ausgelöst. Besonders wird kritisiert, daß die Solidarität für in Not geratene Kollegen bestraft wurde.

Bekanntlich hatten Mettke und Reisner als Landesvorsitzender und Stellvertreter der dju für die durch die Schließung der Druckerei Officina KG arbeitslos gewordenen Arbeiter einen Spendenauftrag veröffentlicht und die eingegangenen rund 4000 Mark über den Betriebsrat verteilen lassen. Das einzige „Versäumnis“ bestand darin, daß die beiden dju-Funktionäre die Presseerklärung mit dem Spendenauftrag nicht mit dem Landesbezirksvor-

stand der IG Druck und Papier abgestimmt haben.

In einem Protestschreiben des Bezirksvorstandes der dju Köln-Bonn, dem sich auch der stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Kleinert und viele andere Funktionäre angeschlossen haben, heißt es: „Mit seinem Vorgehen . . . stellt der Hauptvorstand das Prinzip der Solidarität als Grundlage gewerkschaftlichen Handelns überhaupt in Frage. Wir stellen fest, daß die Praxis dieser Ausschlußverfahren nur denjenigen Kräften in die Hand arbeitet, die unsere Gewerkschaft von außen angreifen . . .“

Die zahlreichen Proteste – beispielsweise auch von der Bezirksdelegierten- und Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier Frankfurt am Main und dem 2. Schriftstellerkongreß – wenden sich zugleich an den Hauptausschuß der IG Druck und Papier mit der Aufforderung, die Ausschlüsse des Hauptvorstandes aufzuheben. Dem Vernehmen nach wird der Hauptausschuß – ein vom Gewerkschaftstag in geheimer Wahl berufenes Organ aus ehrenamtlichen Mitgliedern – noch im Februar 1973 zusammentreten und sich mit den Ausschlüssen beschäftigen. Der Hauptausschuß ist satzungsgemäß berechtigt, die Ausschlüsse aufzuheben. Sb.

treters Willi Weyer an den DGB nach demselben Modell: Kommunisten keinen Platz in der Gewerkschaft zu geben.“

Die Delegierten- und Mitgliederversammlung des Bezirks Frankfurt/Main forderte am 27. Januar den Hauptvorstand der IG Druck und Papier auf, „gegen Angriffe auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und gegen Differenzen von Berufssparten energisch vorzugehen und Äußerungen wie die des Kollegen Stotz . . . wirksam zu unterbinden“.

Den zahlreichen Protesten schloß sich Ende Januar auch die Mitgliederversammlung der dju Hamburg an, die auch gegen den Ausschluß Westberliner dju-Mitglieder aus der Gewerkschaft protestierte.

Die empörte Reaktion der Gewerkschaftsmitglieder auf die Stotz-Attacke zeigt die tiefe Verwurzelung und Lebensfähigkeit des Prinzips der Einheitsgewerkschaft. Es wird die gelegentlichen Reformierungsversuche in Richtung auf die „Vorherrschaft“ einer Partei in den Gewerkschaften überdauern. Sb.

Solidarität mit dju-Mitgliedern

Die ungerechtfertigten Ausschüsse der beiden Westberliner Funktionäre der Deutschen Journalisten-Union (dju) Jörg Mettke und Stefan Reisner aus der IG Druck und Papier haben zahlreiche Proteste ausgelöst (vgl. NACHRICHTEN 1/73, S. 21). Immer mehr Mitgliederversammlungen sowie Vorstände auf Orts-, Bezirks- und Landesebene der IG Druck und Papier und der dju solidarisieren sich mit den ausgeschlossenen dju-Funktionären und fordern, die Ausschlüsse wieder aufzuheben.

In einem Protestschreiben des Bezirksvorstandes der dju Köln-Bonn, dem sich auch der stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Kleinert und viele andere Funktionäre angeschlossen haben, heißt es: „Mit seinem Vorgehen . . . stellt der Hauptvorstand das Prinzip der Solidarität als Grundlage gewerkschaftlichen Handelns überhaupt in Frage. Wir stellen fest, daß die Praxis dieser Ausschlußverfahren nur denjenigen Kräften in die Hand arbeitet, die unsere Gewerkschaft von außen angreifen . . .“

Die zahlreichen Proteste – beispielsweise auch von der Bezirksdelegierten- und Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier Frankfurt am Main und dem 2. Schriftstellerkongreß – wenden sich zugleich an den Hauptausschuß der IG Druck und Papier mit der Aufforderung, die Ausschlüsse des Hauptvorstandes aufzuheben. Dem Vernehmen nach wird der Hauptausschuß – ein vom Gewerkschaftstag in geheimer Wahl berufenes Organ aus ehrenamtlichen Mitgliedern – noch im Februar 1973 zusammentreten und sich mit den Ausschlüssen beschäftigen. Der Hauptausschuß ist satzungsgemäß berechtigt, die Ausschlüsse aufzuheben. Sb.

Die eingefleischten Gewerkschaftsfeinde und Antikommunisten nutzen die maoistischen Aktivitäten, um auch die Gewerkschafter, die der Deutschen Kommunistischen Partei angehören, mit in den Topf gewerkschaftsschädigenden Linkssektierertums zu werfen. Indessen sind es die DKP-Mitglieder in den Gewerkschaften, die ebenso wie die sozialdemokratischen und parteilosen Mitglieder und Funktionäre die Einheitsgewerkschaft verteidigen. Sb.

Falsche Fronten aufgebaut

In zunehmendem Maße treten in letzter Zeit maoistische Sektieren in den Gewerkschaften hervor – nicht etwa, um gemeinsam mit den sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Arbeitern und Angestellten einen realistischen Kampf zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen gegen die Unternehmer zu führen; das wollen sie nur verbal. In Wirklichkeit ist für diese Ultralinken, die mit okkupierten Begriffen wie „KPD“, „KPD/ML“ usw. operieren, der „Hauptfeind“ ein anderer: der Gewerkschaftsfunktionär. Schönen Gruß vom Unternehmer, so hat er's gern!

Es wimmelte schon immer in den Schriften der Linkssektierer von undifferenzierten Attacken gegen „die Gewerkschaftsführung“. Sie wollten schon immer „das Kumpanenband von Gewerkschaftsführung und Kapitalisten“ durchtrennen, die „Gewerkschaftsbönen“ entlarven und dergleichen mehr. Auf einen Tritt gegen die Kapitalisten setzen sie auch einen gegen die gewählten Gewerkschaftsfunktionäre. Immer schön die Fußtritt-Parität gewahrt!

So ist nur folgerichtig, wenn die maoistischen Eiferer, die nicht begreifen wollen, daß man die Revolution nicht aus dem Hut ziehen kann, nunmehr den „Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition“ proklamieren. Sektierer bleiben sich treu, und sie bleiben auch unter sich. Dennoch ist diese Attacke gegen die Einheitsgewerkschaft nicht ohne Gefahr. Nachdem der Spaltungsversuch von rechts – durch den CGB – gescheitert ist, üben sich nun die Maoisten auf dem Spalterparkett.

Es liegt auf der Hand, daß der maoistische Kampf gegen die Gewerkschaftsführungen zu einer völlig falschen Frontstellung zur Verwirrung und Zersplitterung unter den Mitgliedern, zur Diskreditierung aller sozialistischen und kommunistischen Gewerkschafter führt. Er dient dem Klasseninteresse der Unternehmer.

Die eingefleischten Gewerkschaftsfeinde und Antikommunisten nutzen die maoistischen Aktivitäten, um auch die Gewerkschafter, die der Deutschen Kommunistischen Partei angehören, mit in den Topf gewerkschaftsschädigenden Linkssektierertums zu werfen. Indessen sind es die DKP-Mitglieder in den Gewerkschaften, die ebenso wie die sozialdemokratischen und parteilosen Mitglieder und Funktionäre die Einheitsgewerkschaft verteidigen. Sb.

Schriftsteller beschließen Beitritt zur IG Druck und Papier

Der zweite Kongreß des „Verbandes Deutscher Schriftsteller“ (VS) – am 18./19. Januar 1973 in Hamburg – beschloß mit einer überwältigenden Mehrheit von 90 Prozent, sich als Autorenfachgruppe der IG Druck und Papier anzuschließen. In einem ergänzenden Beschuß heißt es: „Wir erblicken in der Aufnahme in eine Organisation der Arbeitnehmer die Verpflichtung, mitzuhelfen, die Interessen der Arbeitnehmer unseres Landes und aller Länder zu verwirklichen.“

Unmittelbar vor dem Kongreß hatten rechtskonservative Kreise, insbesondere Springers „Welt“ und die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, versucht, die Aufnahme zu verhindern bzw. hinauszuschieben. Außerdem bemühte sich die Gewerkschaft Kunst im DGB, der IG Druck und Papier Konkurrenz zu machen und den VS für sich zu gewinnen.

Während der Debatte über die Aufnahme in die IG Druck und Papier zeigten sich mehrere Delegierte skeptisch, ob den Schriftstellern innerhalb der Gewerkschaft Kunst das Recht auf freie Meinungsäußerung gewährt wird. Dabei bezogen sie sich auf den Ausschluß der Westberliner dju-Vorstandsmitglieder Mettke und Reisner sowie einen antikommunistischen Artikel von Eugen Stotz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, den er in der Zeitschrift der dju, „Die Feder“, geschrieben hatte (vgl. Nachrichten 1/73). Die antikommunistischen Ausfälle wurden als Tendenzen der Übernahme des Berufsverbotsbeschlusses der Ministerpräsidenten auf die Gewerkschaften bezeichnet.

Mit einer Mehrheit von 120 gegen 27 Stimmen, bei 12 Enthaltungen, wurde ein Beschuß angenommen, in dem die Schriftsteller versicherten, daß sie mitmachen werden, „jeden Angriff auf die Organisation der Lohnabhängigen abzuwehren“. Sie wollen „der Diskriminierung von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten durch die Praxis der Berufsverbote in der BRD und Westberlin entgegentreten“. Ebenfalls mit großer Mehrheit protestierte der Kongreß gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. Ohne Gegenstimmen appellierte die Schriftsteller an den Hauptausschuß der IG Druck und Papier, die Ausschlüsse der oben erwähnten dju-Funktionäre rückgängig zu machen und wandten sich auch gegen die „gewerkschaftsschädigende Einflußnahme“ von Eugen Stotz.

Der Anschluß des VS an die IG Druck und Papier soll bis zum 1. Januar 1974 erfolgt sein. Zugleich wird Kurs darauf genommen, in der Perspektive zu versuchen, zusammen mit der Gewerkschaft Kunst und anderen Organisationen eine große Mediengewerkschaft innerhalb des DGB zu schaffen.

Der wiedergewählte Vorsitzende des VS, Dieter Lattmann (Mitglied des Bundestages – SPD) gab bekannt, daß der VS-Vorstand mit dem Hauptvorstand der IG Druck und Papier eine Geschäftsordnung für die künftige Fachgruppe Autoren ausgehandelt habe, nach der diese das Recht hat, „von sich aus tätig zu werden“. Dieses Recht ist bislang der schon seit Jahren zur IG Druck und Papier gehörenden Fachgruppe dju verweigert worden.

Der begrüßenswerte Schritt des VS wird nicht zuletzt mithelfen, die für die Mehrheit der Schriftsteller schlechte soziale Lage zu verbessern und ihre wachsende Abhängigkeit von den kapitalistischen Verlegern an der Seite der Arbeiter und Angestellten des graphischen Gewerbes zu verändern. Pet

PERSONALIEN

Dr. Karl-Heinz Friedrichs, langjähriger Leiter der Abteilung Wirtschaft beim Vorstand der IG Metall, hat diese Funktion aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Das teilte am 16. Januar 1973 der „Metall-Pressedienst“ mit. Danach wird Friedrichs „Leiter der Abteilung für besondere Aufgaben im Bereich des 1. Vorsitzenden, wo er sich mit speziellen wirtschaftswissenschaftlichen Fragen und mit Strukturproblemen befassen wird“. Der bisherige stellvertretende Leiter der Abteilung Wirtschaft, Walter Schmidt, wurde mit der vorläufigen Leitung der Abteilung beauftragt.

Walter Fritze, Leiter der Bundespressestelle des DGB, erhielt „für seine Verdienste, die er sich in der Öffentlichkeitsarbeit erworben hat“, von Bundespräsident Heinemann das Verdienstkreuz Erster Klasse. Fritze war am 7. Januar 65 Jahre alt geworden.

Soziale Forderungen in der Regierungserklärung umgangen

Nie zuvor ist eine Regierungserklärung von den arbeitenden Menschen der Bundesrepublik mit so großen Hoffnungen erwartet worden wie die, die Bundeskanzler Willy Brandt am 18. Januar 1973 für die aus den Wahlen des 19. November 1972 hervorgegangene neue SPD/FDP-Regierung abgegeben hat. Gewerkschaften und Sozialverbände hatten rechtzeitig ihre sozialen Forderungen präsentiert, so daß ihre Berücksichtigung in der Regierungserklärung erwartet werden konnte. Aber diese Hoffnung war vergeblich.

Trotz mehrwöchiger Vorbereitung der Regierungserklärung sind die darin enthaltenen Aussagen zu sozialpolitischen Problemen, Aufgaben und Forderungen enttäuschend. Von einigen Ausnahmen abgesehen, fehlt jede konkrete Ankündigung, welche sozialen Aufgaben mit welcher Zielsetzung in dieser Legislaturperiode von der Regierung in Angriff genommen und durchgeführt werden sollen. „Dünner“ und unverbindlicher hätte die Regierungserklärung einer CDU/CSU-geführten Regierung für das Gebiet der Sozialpolitik auch nicht sein können.

Zur Rentenversicherung enthält die Regierungserklärung nur die Bemerkung, daß sich das Kabinett mit der eigenständigen sozialen Sicherung für alle Frauen als „langfristige Aufgabe“ beschäftigen will. Kein Wort, was hier konkret geschehen soll, obwohl vor den Wahlen zumindest die Einführung des „Baby-Jahres“, wie in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung vorgesehen war, zugesagt wurde. Ganz zu schweigen von anderen Forderungen der Gewerkschaften und der Rentenverbände, die keinerlei Erwähnung gefunden haben: Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre, Erhöhung des vollen Rentenanspruchs auf 75 Prozent des Arbeitsverdienstes, Aktualisierung der Rentenberechnung und der Rentenanpassung und die gesetzliche Regelung und Absicherung der betrieblichen Alters-Zusatzversorgung.

Zur Verwirklichung der im Grundgesetz verbürgten Gleichberechtigung der Frau, so heißt es in der Regierungserklärung, müsse das „gesellschaftliche Klima in unserem Land“ verbessert werden. Kein Wort zur Ausbeutung der Frauen durch das Großkapital, zu der Notwendigkeit, für Frauen und Mädchen gleiche Chancen in Bildung und Wirtschaft durchzusetzen, den Bau von mehr Kindergärten und -krippen zu fördern und das Mutterschutzgesetz entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen zu verbessern.

Auch zum Umweltschutz enthält die Regierungserklärung nur vage, mehr phi-

losophische denn konkret-politische Aussagen. Keine Ankündigung von Maßnahmen, die die großen Konzerne daran hindern, unsere Umwelt weiter zu vergiften.

Überhaupt nicht erwähnt werden solche elementaren Fragen der sozialen Sicherheit, wie der Schutz des Arbeitsplatzes, der Kampf gegen die hohe Rate der Arbeitsunfälle und die erheblichen Mängel im Gesundheitswesen der Bundesrepublik, vor allem in der Arbeits- und prophylaktischen Medizin.

Dafür werden „die guten Erfolge mit der Sparförderung“ als Maßnahmen der

Besser informiert durch NACHRICHTEN

„Vermögensbildung“ gelobt und wird ein Vorschlag angekündigt, „durch den breiten Schichten der Bevölkerung am Zuwachs des Produktivvermögens der Großunternehmen beteiligt werden sollen“. Damit ändert sich nicht das geringste an der zunehmenden Konzentration des Kapitals in den Händen der Bank- und Konzernherren, noch an der Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten. Auch die Sorge, bei einseitig von den Konzernleitungen angeordneten Rationalisierungsmaßnahmen oder bei Konjunkturrückschlägen auf die Straße gesetzt oder vorzeitig in Rente geschickt zu werden, kann mit der Sparförderung nicht beseitigt werden.

Ebenso geht die Ankündigung, daß der Erwerb von Wohnungseigentum im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus erleichtert werden soll, an den realen sozialen Problemen der Wohnungs- und Mietpolitik vorbei. In der Bundesrepublik fehlen nach den Feststellungen des

Bonner Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen gut 10 Millionen Sozialwohnungen. Es müßten weit mehr als in den letzten Jahren gebaut werden; denn sonst dauert es noch 40 Jahre bis die „Lücke“ an Sozialwohnungen beseitigt ist.

Es muß endlich dem ständigen Steigen der Mieten, der Grundstücks-, Kapital- und Baukosten Einhalt geboten werden. Dazu aber ist notwendig, die Bodenspekulation völlig zu unterbinden und nicht nur zurückzudrängen, wie das in der Regierungserklärung angekündigt wird. Wenn man aber eine „Bodenwertzuwachssteuer“, wie gleichfalls angekündigt, einführen will, dann wird offensichtlich davon ausgegangen, daß die Bodenpreise noch mehr in die Höhe getrieben werden.

Die längst fällige Reform des Kinder- geldrechts, das von den Kriegsopferverbänden geforderte Vorziehen auch der Anpassung der Kriegsopferrenten um ein halbes Jahr und die von ihnen erwarteten weiteren strukturellen Verbesse rungen der Kriegsopfersorgung mit einem 4. Neuordnungsgesetz, diese und viele andere dringende soziale Forderungen haben in der Regierungserklärung keinen Widerhall gefunden. Zwar ist in ihr von „Stabilitätspolitik“ die Rede, aber konkrete Maßnahmen zur Unterbindung der Preistreiberei der Konzerne werden nicht angekündigt.

Wenn in der Regierungserklärung gesagt wird, daß, wer neue Forderungen stellt, auch zu neuen Leistungen bereit sein und „im Zuwachs des persönlichen Verbrauchs auch einmal langsamer treten“ muß, so sollen damit anscheinend sowohl soziale Forderungen zurückgewiesen und zugleich neue Massenbelastungen vorbereitet werden.

Nach der Regierungserklärung wird die Entspannungspolitik fortgesetzt. Aber die überhöhten Rüstungsaufwendungen werden nicht eingeschränkt, um auch damit einen realen Beitrag zur Entspannung und den Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung zu leisten und finanzielle Mittel für soziale Aufgaben freizumachen.

Die Regierungserklärung des Brandt/Scheel-Kabinetts ist so – alles in allem – wahrhaftig kein Programm des sozialen Fortschritts. Es dominiert der in den ersten Sätzen der Regierungserklärung bekundete Wille „zur Kontinuität“, einer Kontinuität der dem Großkapital verpflichteten Politik. Die Schlußfolgerungen aus dieser Regierungserklärung sollten klar sein: Die Chancen für soziale Verbesserungen sind dennoch günstiger als zu Zeiten der CDU/CSU-Regierung. Aber geschenkt wird den Arbeitern, Angestellten, Beamten und Rentnern auch jetzt nichts! Sie selbst müssen ihre von Gewerkschaften und Sozialverbänden formulierten Forderungen durchsetzen.

Arthur Böpple

Die Wirtschaftssituation in den Hauptländern des Kapitalismus

Die gegenwärtige Situation des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems läßt zwar eine insgesamt aufsteigende Linie der Konjunktur erkennen, aber zugleich zeigen sich verstärkt die für die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus typischen Merkmale der Labilität und Unsicherheit, wobei die Monopole versuchen, ihre Rivalitäten auf dem Rücken der Arbeiter auszutragen und durch verschärzte Ausbeutung ihre Positionen zu verbessern.

Die Lage der einzelnen Länder im ökonomischen Zyklus am Beginn des Jahres 1973 läßt sich wie folgt charakterisieren:

■ In den USA hat sich nach der Überwindung der zyklischen Überproduktionskrise von 1969/70, der eine Ende 1971 einsetzende Belebung folgte, der Übergang in einen neuen Aufschwung vollzogen, der sich im Laufe des Jahres 1972 verstärkte und nun einem neuen Höhepunkt zustrebt.

■ In Japan hat sich die konjunkturelle Entwicklung nach den verbreiteten Stagnations- und Krisenerscheinungen des Jahres 1971 wieder belebt und ist in einen erneuten Aufschwung übergegangen.

■ In der BRD verstärken sich die Anzeichen dafür, daß die seit einiger Zeit erkennbare Belebung in einen Aufschwung übergehen wird. (Siehe: „Die wirtschaftliche Lage am Beginn des Jahres 1973“)

■ In Frankreich herrscht weiterhin Hochkonjunktur. Das verhältnismäßig kontinuierliche Wirtschaftswachstum setzt sich fort.

■ In Italien deutet zwar ein Ansteigen der Industrieproduktion im Herbst auf eine sich belebende zyklische Entwicklung hin, die allgemeine Wirtschaftslage ist jedoch so labil, daß die weiteren Aussichten noch sehr unbestimmt sind.

■ In Großbritannien steigt die Produktion ebenfalls wieder an, zahlreiche „Unsicherheitsfaktoren“ – z. B. die nach wie vor geringe Investitionsbereitschaft der Monopole – erschweren jedoch eine Prognose auf die Entwicklung im Jahre 1973.

Diese für die Monopole insgesamt günstiger gewordene zyklische Situation ist aber nur die eine Seite der gegenwärtigen Wirtschaftslage der kapitalistischen Länder. Das Jahr 1972 war auch durch eine immer weiter um sich greifende Inflation gekennzeichnet. Ferner hat das Zusammenfallen von chronischer Währungskrise und heftigen

Bei den Auseinandersetzungen um eine „Reform“ des bisher bestehenden kapitalistischen Währungssystems geht es um die künftige Rolle des Goldes, um die „Sonderziehungsrechte“ und um die sogenannte „Dollar-Konvertibilität“, d. h. um die Regelung des Problems der als Folge der anhaltenden Zahlungsbilanzdefizite der USA inzwischen auf etwa 60 Milliarden Dollar angewachsenen Dollarguthaben außerhalb der USA. Dieser Dollarstrom aus den USA in andere kapitalistische Länder löste in den letzten Jahren zahlreiche akute Ausbrüche der chronischen Währungskrise aus und gefährdet mehr und mehr die Funktionsfähigkeit des bestehenden Währungssystems, wie das gegenwärtig wieder sichtbar wird.

In dieser Situation anhaltender Inflation und tiefer Interessengegensätze zwischen den kapitalistischen Hauptländern steht auch die materielle und soziale Lage der Arbeiterklasse in diesen Ländern im Zeichen scharfer Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit. Die Unternehmerverbände versuchen mit Unterstützung durch den jeweiligen Staat, vor allem durch Druck auf Beschäftigung und Löhne die Konkurrenzpositionen der Monopole auf Kosten der Werktäglichen zu verbessern und die Auswirkungen der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik auf die Arbeiter abzuwälzen.

Neben Forderungen nach einer Erhöhung der Löhne, die in vielen Fällen nur mit Hilfe von Streiks durchgesetzt werden können, steht der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Sicherung der Arbeitsplätze im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Die Aktivität zahlreicher Gewerkschaften gegenüber den internationa len Konzernen hat zugenommen.

Alle Bemühungen der Interessenver treter des Monopolkapitals, die Wirt

	USA	Japan	BRD	Frankreich	Italien	Großbrit.
1971	— 437	+ 2748	+ 3335	— 586	— 738	— 1499
1972	— 4614	+ 3459	+ 4112	— 752	— 415	— 2890

schaftslage in den kapitalistischen Ländern in einem möglichst rosigen Licht erscheinen zu lassen, können nicht über den wirklichen Zustand des bestehenden Systems hinwegtäuschen. Wenn man die verschiedenen Erscheinungen der ökonomischen Situation der bedeutendsten kapitalistischen Länder zusammenfaßt, drängt sich als Gesamteinschätzung die Feststellung auf, daß unabhängig davon, in welcher Phase des Krisenzyklus sich die einzelnen Länder befinden – ob in ihren Krise, Stagnation, Belebung oder Hochkonjunktur herrscht –, das herausragende Merkmal der gegenwärtigen Entwicklungsetappe eine tiefe Labilität des gesamten Wirtschaftssystems des Kapitalismus ist.

L. M.

In den VEB's klingelt es jetzt in der Prämienkasse

In den volkseigenen Betrieben (VEB) der DDR steht die Auszahlung der Jahresendprämie, einer Leistungsprämie, die in Abhängigkeit von der Erfüllung des Planes der Warenproduktion und der Erwirtschaftung des vorgesehenen Nettogewinns ausgeschüttet wird, unmittelbar bevor. Wenn es jetzt in der Prämienkasse tückig klingelt, dann ist dieses in den Ohren der Werktätigen besonders angenehme Geräusch die Folge guter Wirtschaftsergebnisse im Jahre 1972.

Nach der vorliegenden Übersicht wird die Jahresendprämie für das Jahr 1972 mindestens die Höhe erreichen wie im vergangenen Jahr, als 3,1 Millionen Werktätige im Durchschnitt jeweils 600 Mark erhielten. In nicht wenigen Fällen werden jetzt höhere Beträge zur Auszahlung kommen. Vor allem hat sich der Kreis der Empfangsberechtigten um mehr als 500 000 erweitert. Im vergangenen Jahr sind 11 000 Betriebe aus dem bis dahin halbstaatlichen und privaten Bestand in Volkseigentum überführt worden, die nun erstmals ebenfalls Jahresendprämien auszahlen werden.

Die Gewerkschaften haben bei dieser großen Aktion die Kontrolle darüber, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Jahresendprämie überall richtig beachtet werden. Da im Sozialismus das Leistungsprinzip – jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung! – das grundlegende Verteilungsprinzip ist, in dem die Interessen der ganzen Gesellschaft zum Ausdruck kommen, dürfen die Gewerkschaften nicht zulassen, daß der Charakter der Jahresendprämie als Leistungsprämie verwischt wird.

Die Frage, warum der Prämienfonds des Betriebes gerade so hoch oder weniger hoch ist, muß in Verbindung mit einer konkreten Analyse der Stärken und Schwächen in der Tätigkeit des Betriebes und seiner Arbeitskollektive beantwortet werden. Das stellt an die Leiter große Anforderungen, hat aber zugleich erhebliche erzieherische Bedeutung für jeden Werktätigen. Denn auch in jedem Kollektiv (Gewerkschaftsgruppe) wird über die vorgeschlagene Prämienhöhe für jeden einzelnen diskutiert. Wenn Uwe weniger als Peter erhält, dann ist das ärgerlich für Uwe, aber entspricht dem sozialistischen Begriff von Gerechtigkeit dann, wenn Peter nachgewiesenermaßen eine größere Leistung vollbracht hat oder auf individuelle Initiativen hinweisen kann.

Eigeninitiativen werden im sozialistischen Betrieb immer auf moralische und auch materielle Würdigung rechnen können, weil sie einen größeren Beitrag, ein besonderes Engagement für

das Wohl des Ganzen bedeuten. Uwe hat also Grund, darüber nachzudenken – wenn er mit Peter gleichziehen oder ihn übertreffen will –, was er tun kann, um ein ähnliches Leistungsniveau zu erreichen.

Bei dieser produktiven Überlegung, die den Menschen weiterbringt, wird ihn seine Gewerkschaft unterstützen und ihm bei der Wahrnehmung der verschiedenen Möglichkeiten helfen – von der Qualifizierung bis zur Arbeit nach einem persönlichen Plan zur Steigerung der Produktivität oder bei der Anwendung anderer progressiver Arbeitsmethoden.

Auf diese Weise ergibt die Jahresendprämie und die Diskussion darüber günstige Bedingungen für die Arbeit auch im Jahre 1973, indem sie den Leistungswillen stimuliert und das Streben fördert, über die Erfüllung des neuen Jahresplanes zu einem noch größeren Prämienfonds und damit auch von dieser Seite aus zu weiteren Einkommenssteigerungen zu kommen. C. F.

Gespräche in Moskau und Berlin

Der DGB-Vorsitzende, Heinz Oskar Vetter, gab Ende Januar bekannt, daß Mitte März eine Delegation des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) aus der DDR nach Düsseldorf kommen werde, um das im vergangenen Oktober in Berlin-Schmöckwitz begonnene Gespräch fortzusetzen. Neben einem in Düsseldorf stattgefundenen technischen Vorgespräch mit Vertretern des FDGB hatte Vetter am 30. Januar 1973, anlässlich eines Zwischenaufenthaltes in der Hauptstadt der DDR, Berlin, eine Begegnung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des FDGB-Vorstandes Wolfgang Beyreuther, bei der ebenfalls das bevorstehende Spitzengespräch erörtert wurde.

Vetter kam von einer Asienreise und hatte schon vorher ein Treffen mit

DDR hatte ein gutes Wirtschaftsjahr

Nach dem im Januar vorgelegten Jahresbericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR hat sich die DDR-Wirtschaft 1972 gut entwickelt. Das produzierte Nationaleinkommen wuchs um 5,4 Prozent, die industrielle Warenproduktion um 6,3 Prozent. Bei einer Steigerung der Arbeitsproduktivität von 5 Prozent nahmen die Netto-Geldeinnahmen der Bevölkerung um 5,6 Prozent zu, und der Einzelhandelsumsatz wuchs um 6 Prozent, bei Industriewaren sogar um 8,7 Prozent.

Die Zunahme der Netto-Geldeinnahmen der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, betrug gegenüber dem Vorjahr 4,6 Milliarden Mark. Für 2,3 Millio-

SOZIALISMUS REAL

nen Werktätige wurden lohnpolitische Maßnahmen und Prämien erhöhung wirksam, womit besonders die unteren Einkommen angehoben wurden. 800 Millionen Mark wurden aus dem Staatshaushalt bereitgestellt für die Erhöhung von 3,9 Millionen Renten, die Erhöhung des Mindesturlaubs für 500 000 vollbeschäftigte werktätige Mütter mit zwei und mehr Kindern, für die Gewährung von zinslosen Krediten an junge Ehepaare und die Mietpreissenkung für 290 000 Arbeiterfamilien, die in Neubauwohnungen wohnen.

dem Vorsitzenden des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften, A. N. Schelepin. Nach Pressemeldungen äußerte Schelepin gegenüber Vetter den Wunsch, daß die sowjetischen Gewerkschaften und andere europäische Gewerkschaften, die dem WGB angehören, Mitglied des Europäischen Bundes der Gewerkschaften werden wollten. Die Neugründung dieser bisher nur für IBFG-Gewerkschaften vorgesehenen europäischen Organisation am 8. und 9. Februar 1973 in Brüssel vollzogen worden.

In einem gemeinsamen Kommuniqué über das Gespräch, das am 31. Januar vom DGB veröffentlicht wurde, heißt es u.a.: „Im Verlaufe der Verhandlungen, die in einer aufrichtigen und freundschaftlichen Atmosphäre vor sich gingen, fand ein Meinungsaustausch zu

„Kleine Rote Reihe“ für die praktische Jugendarbeit

Wer mußte in der täglichen Arbeit in Betrieb und Verwaltung, ob als Jugendvertreter, Betriebsrat oder Vertrauensmann, in der Diskussion nicht schon des öfteren auf Beschlüsse der Arbeiterjugendorganisationen zurückgreifen? Doch wer könnte alle wichtigen Beschlüsse im Kopf haben, geschweige alle Protokolle mit sich herumtragen? Diese Arbeit haben die Redakteure der „Kleinen Roten Reihe“ für alle, die sich mit jugendpolitischen Fragen beschäftigen, übernommen.

Sie haben die „Arbeiter-Jugend-Beschlüsse 1972“ herausgegeben. Auf 151 Seiten werden die wichtigsten Beschlüsse der 8. Bundesjugendkonferenz des DGB sowie die einiger Einzelge-

den Fragen der bilateralen Beziehungen zwischen dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion und dem DGB, der Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Europa, und der internationalen Gewerkschaftsbewegung statt.

Die beiden Seiten stellten mit Genugtuung positive Fortschritte in der internationalen Lage fest und sind der Meinung, daß zur Zeit günstige Möglichkeiten für die Herstellung einer bilateralen und multilateralen Gewerkschaftszusammenarbeit vorhanden sind.

Die beiden Gewerkschaftszentralen vertreten den Standpunkt, daß ungeachtet der verschiedenen Bedingungen, in denen sie arbeiten, und des Vorhandenseins von ideologischen Meinungsverschiedenheiten die Gewerkschaften der UdSSR und der Bundesrepublik gemeinsame Ziele haben: Kampf für die Erhaltung des Friedens und für die internationale Entspannung, Gewährleistung der europäischen Sicherheit, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, Vertretung ihrer Lebensinteressen, Entwicklung der Verständigung und Freundschaft zwischen den Völkern.

In diesem Zusammenhang würde die Durchführung von regelmäßigen Konzultationen, Treffen, gemeinsamen Seminaren, der gegenseitige Informationsaustausch sowie das Studium von konkreten Problemen der gewerkschaftlichen Tätigkeit den gegenseitigen Interessen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften der UdSSR und der Bundesrepublik entsprechen . . .“

werkschaften, des 3. Bundeskongresses der SDAJ, der 12. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend, der 13. Bundeskonferenz der SJD die „Falken“ und des ordentlichen Bundeskongresses der Jusos in der SPD in Oberhausen zitiert.

In der „Kleinen Roten Reihe“ des Weltkreis-Verlages erscheinen theoretische, dokumentarische und kulturpolitische Texte. Die Reihe ist als wichtiges Argumentations- und Aktionsmaterial zu verstehen. Angesprochen werden sollten vor allem Mitglieder und Funktionäre der fortschrittlichen Jugendorganisationen.

Das Heft 11 „Arbeiter-Jugend-Beschlüsse 1972“ ist ein wichtiges Nachschlagewerk für den Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär. Es gibt Auskunft über Beschlüsse zu Fragen der Bildung bis hin zur Europäischen Sicherheit. Das Heft wäre eine noch bessere Hilfe, hätte man eine bessere Aufgliederung und Unterteilung der einzelnen Sachbereiche vorgenommen. Außerdem fehlen die Originalantragsnummern bzw. -zeichen; das erschwert die Arbeit.

Sicherlich sind die Beschlüsse der Jugendkonferenzen der Einzelgewerkschaften oftmals dem Inhalt nach identisch mit denen einer DGB-Bundesjugendkonferenz, dennoch wäre es besser gewesen, würde man auch bestimmte „kleinere“ Gewerkschaften bei der Auswahl berücksichtigt haben.

Trotz dieser kleinen Mängel ist das Heft 11 der „Kleinen Roten Reihe“ eine wichtige Hilfe für den Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär und sollte deshalb bei keinem fehlen. H. P.

Verlagsinternes

Gewiß haben Sie schon den beiliegenden umfangreichen Sonderdruck durchgeblättert. Er enthält die wichtigsten Beschlüsse der im vergangenen Jahr stattgefundenen sieben Gewerkschaftstage und des 9. DGB-Kongresses.

Sicher gelangen Sie zu der Feststellung, daß die ausgehandelten Tarifabschlüsse bei Metall, Post, Eisenbahn und im öffentlichen Dienst nicht immer mit dem übereinstimmen, was in diesen Beschlüssen und Anträgen gefordert wird. Wir meinen, es wäre notwendig,

darüber mal mit dem Kollegen am Arbeitsplatz nebenan, mit den Vertrauensleuten im Betrieb, mit der Kollegin im Schreibrüro und am Fließband oder auch auf der nächsten Gewerkschaftsversammlung zu sprechen. Mancher Kollege könnte dadurch einen Anstoß erhalten, sich auch selbst mehr um seine gewerkschaftliche Arbeit, um die Dinge im Betrieb zu kümmern. Bei solchen Diskussionen könnte der Sonderdruck, der zum Preis von 2,- beim Verlag nachgefordert werden kann, angeboten werden. Übrigens haben die zusätzlich gedruckten Exemplare einen festen Umschlag.

In den letzten Wochen erhielten wir eine Reihe Briefe, in denen wir mit Freude viel Lob für das neue Gesicht von NACHRICHTEN lesen konnten. Wir sind allerdings nicht der Meinung, wie viele von Ihnen, daß wir alles schon zur Zufriedenheit unserer Leser ausgetüftelt haben. Also, auch kritische Meinungen werden von der Redaktion gern entgegengenommen.

Die größte Freude haben uns natürlich diejenigen Leser gemacht, die uns die Anschriften neuer Abonnenten zugeschickt haben. Da ihre Zahl in den letzten Wochen sprunghaft zugenommen hat, vermuten wir, daß dies zwei Ursachen hat: einmal das neue Gesicht und zum anderen auch die inhaltliche Verbesserung. Oder? Was meinen Sie? Vielleicht schreiben Sie uns einmal darüber Ihre Meinung. Noch ein Hinweis: Neue und aktive Werber für NACHRICHTEN können wir immer noch gebrauchen.

Auch für dieses Jahr haben sich Redaktion und Verlag wieder eine Menge vorgenommen. Neue Bücher sollen erscheinen, natürlich, wie immer, von großer Bedeutung für die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft. Es empfiehlt sich also, unser Verlagsprogramm aufmerksam zu verfolgen.

Es gibt für einen Verlag nichts Schöneres, als bereits verlegte Bücher in zweiter, dritter oder gar – wie unseren Bestseller „Marxismus leichtgemacht“ – in der sechsten Auflage neu zu drucken. Vor dieser Aufgabe steht unser Verlag 1973. Auch ein Teil der zweiten Auflage des „BVG '72“ von Gerd Siebert ist bereits verkauft. Sicher aber kennen auch Sie noch Kollegen, die dieses interessante und für die Betriebsarbeit so wichtige Buch noch nicht haben. Das gleiche gilt für das Buch „Gewerkschaften in der DDR“.

Wie wär's, wenn Sie diese Bücher Ihrem Kollegen einmal anbieten würden; denn unser Werbeetat ist nämlich nach wie vor äußerst gering. Deshalb sind wir trotz guter Umsätze auch weiterhin auf Ihre tatkräftige Hilfe beim Verkauf unserer Bücher und bei der Werbung für unsere Verlagserzeugnisse angewiesen.

jaco

Terminkalender

■ 10. und 11. März

Bundesarbeitstagung der Gewerkschaftsjugend zu Fragen der Bildung und des Jugendarbeitsschutzes in Solingen.

■ 26. bis 30. März

Weltenschiffbaukonferenz des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) in Japan.

■ April und Mai

Personalratswahlen im öffentlichen Dienst, bei Bundesbahn und Bundespost.

■ 12. und 13. Mai

Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Leder in Northeim.

■ 24. und 25. Mai

Bundeshandwerkskonferenz der IG Metall in Heidelberg.

■ 20. bis 23. Juni

9. ordentliche Delegiertentagung der Rundfunk-Fernseh-Film-Union in der IG Druck und Papier in Hamburg.

■ 28. und 29. Juni

8. Frauenkonferenz der IG Metall in Westberlin.

■ 12. bis 14. Juli

16. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock.

■ 28. Juli bis 5. August

X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin/DDR.

■ September

Wissenschaftliche Arbeitstagung der IG Metall über Streik und Aussperrung in München.

■ 3. bis 7. September

9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Freiburg.

■ 12. und 13. Oktober

8. zentraler Jugendtag der Gewerkschaft Textil - Bekleidung in Fulda.

■ 15. Oktober

Beginn des 8. Weltgewerkschaftskongresses in Warna, Bulgarien.

■ 27. und 28. Oktober

Bundes-Frauenarbeitstagung der Gewerkschaft Leder in Gießen.

■ Oktober

8. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsräte.

■ 22. und 23. November

7. Bundes-Personalrätekongress der Deutschen Postgewerkschaft voraussichtlich in Bad Harzburg.

Wer haut sich schon mit Absicht auf den Daumen?

Acht Autoren: „Gewerkschaften in der DDR“, Informationen - Tatsachen - Argumente; NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Frankfurt; 182 Seiten, 6,- DM.

Anfang 1973 ist in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Frankfurt, die auch diese Zeitschrift herausgibt, ein Buch über die Gewerkschaften in der DDR erschienen. Es kommt gerade rechtzeitig zu dem Zeitpunkt, in dem die Vorbereitungen weiterer Gespräche zwischen dem DGB der Bundesrepublik und dem FDGB der Deutschen Demokratischen Republik auf Hochtouren laufen.

Acht Autoren, alle langjährige Mitglieder von DGB-Gewerkschaften, behandeln die verschiedensten Arbeitsgebiete der Gewerkschaften im sozialistischen deutschen Staat, z. B. Fragen des Einflusses auf die Gesetzgebung. Wer weiß schon hierzulande, daß der FDGB mit einer eigenen Fraktion in der Volkskammer vertreten ist – mit Arbeitern und Angestellten, die nach wie vor im Berufsleben stehen und nicht von ihren Diäten bzw. Aufwandsentschädigungen für Aufsichtsratsposten leben? In dem Buch kommen einige von ihnen selbst zu Wort. Sie berichten von ihrer Entwicklung, von der Tätig-

keit im Parlament und Betrieb und auch von mancherlei Schwierigkeiten, die beim Aufbau des Sozialismus entstehen.

Ein anderer Beitrag gibt einen kurzen geschichtlichen Abriss über den FDGB, angefangen vom Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militäradministration bis zum jüngsten FDGB-Kongreß im Juni des vergangenen Jahres. Fragen der Berufsausbildung, der Gleichberechtigung, der Renten, des Gesundheitswesens werden u. a. angesprochen und behandelt. Oft werden Vergleiche zu den Verhältnissen bei uns gezogen.

Wer dieses Buch liest, wird auch verstehen, warum die Arbeiter und Angestellten in der DDR kein Interesse an einem Streik haben, was in der Bundesrepublik von antikommunistischer Seite als Mangel von Freiheit hingestellt wird. Aber wer haut sich schon mit Absicht auf den Daumen?

Ein Buch, das für jeden, der sich ohne antikommunistische Scheuklappen über den FDGB in der DDR informieren will, von großem Interesse sein dürfte. L.R.

Beilagen-Hinweis

Diesem Heft der NACHRICHTEN liegt ein 36seitiger Sonderdruck mit Dokumenten und Beschlüssen des DGB und der Gewerkschaften bei, ferner ein Werbeprospekt für das Buch „Gewerkschaften in der DDR“ und eine Bestellkarte.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium: Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66; Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 39; Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank 10; Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040-606.

Einzelpr. 1,75 DM; Jahresabonnement 20,- DM; einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 10,- DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.
Frankfurt am Main

Zu guter Letzt

Ein Top-Manager aus USA, der an der Börse von Frankfurt/M. Aktien des Chemiekonzerns Dow Chemical einführt, erläuterte kürzlich seinen Profitstandpunkt:

„Wir sind ganz einfach brutal, wenn es darum geht, Produktionen einzustellen und mit der Fertigung von Erzeugnissen aufzuhören, die uns nicht den erhofften Gewinn bringen. Solche Entscheidungen werden bei uns sofort und ohne Sentimentalität gefällt.“